

# DEUTSCHE POLIZEI

JUNI 2017 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



*Schutzparagraf – Fußfesseln – BKA-Gesetz*

***Bundestag verabschiedet  
neue Sicherheitsgesetze***



Auch die tapfersten Beschützer  
brauchen **zuverlässigen Schutz.**

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Absicherungslösungen. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

**SIGNAL IDUNA Gruppe**  
**Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst**  
**Joseph-Scherer-Straße 3**  
**44139 Dortmund**  
**Telefon 0231 135-2551**  
**polizei-info@pvag.de**  
**www.pvag.de**

**SIGNAL IDUNA**   
gut zu wissen



Foto: Zielnsko

„Wir sind längst mittendrin“, sagte der Präsident des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, zurecht den 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern einer hochkarätig besetzten Cybercrime-Tagung Anfang Mai in Berlin. Was Münch zu diesem Zeitpunkt noch nicht wusste: Rund zehn Tage später schreckte eine massive Cyberattacke die Welt auf. **Seite 14**

**INTERN**



Foto: Helessek

Gewerkschafts- und sicherheitspolitische Themen erörterte der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei bei seiner Mai-Sitzung in Europas Hauptstadt Brüssel. Seit verganginem Jahr ist die GdP mit einem eigenen Büro „Untermieter“ der Hessischen Landesvertretung, um die Interessen der Polizeibeschäftigten auf europäischer Ebene zu vertreten. Keine leichte Aufgabe für Euro-Bürochef und GdP-Bundeskassierer Jörg Bruchmüller... **Seite 11**

**BUNDESTAGSWAHL**



Foto: Photofreak

Mit welchen Positionen in Sachen Innere Sicherheit ziehen die Spitzenkandidaten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien in den Bundestagswahlkampf? Im ersten von vier DP-Interviews stellt sich der SPD-Herausforderer Martin Schulz den Fragen der DP-Redaktion. **Seite 21**

- 2 DANKSAGUNG**
- 2 FORUM**
- 4 TITEL/INNERE SICHERHEIT** Sicherheitsgesetze im Stundentakt
- 9 NACHRICHTEN**
- 11 INTERN** GdP-Bundesvorstand erörtert bei Brüssel-Sitzung gewerkschafts- und sicherheitspolitische Themen
- 14 KRIMINALITÄT** Cybercrime entwickelt sich rasant – Polizei fordert deutlich mehr digitale Kompetenzen
- 18 GESELLSCHAFT** Bedingungen und Auswirkungen von No-go-Areas in Deutschland
- 21 BUNDESTAGSWAHL** Im DP-Interview: SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz
- 24 KRIMINALSTATISTIK** Gravierende Verschiebungen in einzelnen Straftatengruppen
- 26 NACHRICHTEN**
- 26 BUNDESVORSTAND** Reichsbürger gehören nicht in die Gewerkschaft der Polizei
- 27 JUNGE GRUPPE (GdP)** Fachtagung beleuchtet Strategien gegen Extremismus und Populismus
- 36 SOZIALES** GdP fordert intensivere Beachtung der Belange der Menschen mit Behinderungen in der Polizei
- 39 SENIORENGRUPPE** Bundesseniorenkonferenz 2018 im Fokus der Beratungen
- 40 IMPRESSUM**





## **Danksagung**

*Liebe Polizistinnen und Polizisten,  
einige Wochen sind jetzt vergangen  
seit dem grausamen Tod unserer  
Ehemänner Torsten Krautz und Torsten Paul.  
Nun haben wir die Kraft, Worte des Dankes  
an Sie zu richten.*

*Ihre Anteilnahme in vielfältiger Weise  
hat uns sehr bewegt und berührt.*

*Die Beerdigungen waren würdevoll,  
zeugten von Ihrer Achtung und Respekt sowohl  
unseren Ehemännern als auch uns gegenüber.*

*Ihre tiefe Trauer war Trost für uns  
und unsere Familien.*

*Wir müssen jetzt lernen, unseren Weg allein  
zu gehen, das ist schwer und schmerzvoll.*

*Wir wünschen Ihnen alles Gute,  
bitte achten Sie auf sich und aufeinander.*

*Den größten Halt finden Sie  
in der Familie, privat und beruflich.*

*Im Namen aller Hinterbliebenen  
**Kathrin Krautz und Sylvia Paul***

### **Sehr geehrte Leserinnen und Leser der DEUTSCHEN POLIZEI (DP), liebe Kolleginnen und Kollegen,**

in der Januarausgabe hat DP – ein Jahr nach den Silvestervorfällen von Köln – über die sich daran entzündete politische Debatte berichtet und die für die Polizei relevanten Entwicklungen betrachtet. Auf diesen Artikel hatte sich ein Kollege mit einem Leserbrief an die Redaktion gewendet, der in der Februarausgabe abgedruckt wurde. Er formulierte darin eine deutliche Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und prangerte deren negative Wirkung auf die Polizei sowie die innere Sicherheit an. Diesen Leserbrief nahm sich ein weiterer Kollege zum Anlass einer im März-Heft veröffentlichten Gegenrede. Anspielungen auf die ostdeutsche Herkunft des Angesprochenen entfachten eine heftige Leserdebatte, die in der Nachbetrachtung oft Kollegialität, Stil und Sachlichkeit hat vermissen lassen. In telefonisch an die Redaktion herangetragenen Lesermeinungen sowie weiteren vorliegenden Leserbriefen ist von „unter der Gürtellinie“, „Hetze“, „Verleumdung“, „Arroganz“, sogar von „Hass“ die Rede. Und auch Kritik an der DP-Redaktion, die aus dem Ruder gelaufene Diskussion nicht in ruhige Fahrwasser gelenkt zu haben, wurde laut. Diesen Schuh ziehen wir uns an und beenden zugleich diese Debatte.

Das Leserforum ist ein wichtiger Bestandteil der Zeitung und die DEUTSCHE POLIZEI in Gänze ein Ort der Meinungsfreiheit. Dort ist jedoch kein Platz für den Austausch persönlicher Ressentiments und die Pflege überkommener Vorurteile. Polizeiliche Fachlichkeit, nüchterne Sachlichkeit und gewerkschaftspolitisches Engagement zeichnen seit mittlerweile 66. Jahrgängen diese Zeitschrift aus. Daran wollen wir gemeinsam festhalten.

Die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI appelliert an ihre Leserinnen und Leser, an Euch, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mit vielen weiteren Meinungsäußerungen in gebotener Kürze zu DP-Artikeln, der politischen Vielfalt in unserer Gewerkschaft der Polizei ein Gesicht zu geben. Bleiben wir jedoch dabei bitte stets sachlich und Kolleginnen und Kollegen.

**Rüdiger Holecek,  
Chefredakteur DEUTSCHE POLIZEI**

Foto: Dirk Wüstenhagen/dpa



### Zu: Lesermeinung des Kollegen Klinger, DP 5/17

Der Leserbrief des Kollegen Klinger hat mich sehr nachdenklich gemacht. Um zu verdeutlichen was ich meine, liste ich einige Vorwürfe und Unterstellungen des Kollegen Klinger gegen die GdP auf: „einseitige Berichterstattung“, „auf Rechts eingeschossen“, „Belehrungen zum Umgang mit der AfD“, „Verhaltensregeln zu `Reichsbürger`-Ideologien“, GdP will „zusammen mit linken Interessengemeinschaften“ auf die Moral einwirken, „Verschweigen von linken Verfassungsfeinden“, „kein Wort von Bader-Meinhof, APO, SDS, Marcuse-Bewegung, RAF, StaSi“, Verschweigen, dass in Hamburg im Vorfeld des G20-Gipfels „Polizeiautos abgefackelt werden“. Gerade nach der Stellungnahme „GdP-Mitgliedschaft kontra Reichsbürger-Ideologie“ in der DP-Ausgabe 4/17 sollte so etwas nicht unkommentiert bleiben. Als Polizeihistoriker will ich zumindest zu einem Punkt, der „Dauerpräsentation unserer Schande“ in Bezug auf die Darstellung der rechtsextremen deutschen Vergangenheit in den Medien Stellung beziehen:

Sehr geehrter Herr Klinger, ich kann Ihre Vorwürfe gegenüber der GdP nicht nachvollziehen und fühle mich durch Ihre Wortwahl und Argumentation sehr irritiert. Als Polizeiangehöriger und Historiker möchte ich zumindest Ihre Kritik am Umgang mit der NS-Vergangenheit nicht unwidersprochen lassen. Das Erinnern an die NS-Zeit hat zwei Zielrichtungen: Einmal geht es darum, den Opfern Würde und Identität zukommen zu lassen, andererseits das Verhalten von Tätern, Mittätern und Mitläufern der rechten Gesinnung nicht aus den Augen zu verlieren. Genau darum geht es den neuen Rechtspopulisten, wie den AfD-Frontmännern Höcke und dem Historiker Gauland. Von dieser Seite wurde der Begriff der „Schande“ im Umgang mit der NS-Vergangenheit aktuell aufgebracht und wird gebetsmühlenartig wiederholt. Schande bezeichnet den Verlust von Ansehen und Ehre. Ziel dieser Kampagne ist es, unseren Umgang mit der NS-Vergangenheit zu diskreditieren. Aber es ist kein Verlust von Ansehen und Ehre, wenn wir uns in Deutschland an die Opfer rechter Gesinnung und Gewalt erinnern. Denn mit dem Wegfall

dieses Erinnerns würde auch das Handeln der Täter in Vergessenheit geraten. Rechte Gesinnung soll also von den mörderischen Folgen solchen Denkens getrennt und damit wieder politisch salonfähig werden. Lassen wir das nicht zu. Denn gerade wir als Polizei sollten uns gut daran erinnern, wer als Gewaltinstrument eines rechtsextremen Staates seine jüdischen Nachbarn und Mitbürger in Ghettos deportierte, dort bewachte und damit deren Ermordung Vorschub leistete. Die Erinnerung an dieses Kapitel unserer Polizeigeschichte ist zwar bedrückend, aber es bietet die Chance, die Folgen einer intoleranten Politik besser zu verstehen und falschen Propheten nicht noch einmal auf den Leim zu gehen.

**Dr. Dirk Götting, Nienburg**



Herr Klinger kritisiert in seinem Leserbrief die einseitige Berichterstattung der DP in Bezug auf Kriminalität, Gewalt und Gefahr von (teilweise vermeintlich) rechtsextremistischen Gruppen. Dieser Meinung kann ich mich nur anschließen. Auch ich habe seit einiger Zeit denselben Eindruck gewonnen. DP berichtet zwar auch über Links- und ausländischen Extremismus und ist damit noch um Welten breiter aufgestellt, als die großen Medien unseres Landes, aber eben diese Entwicklung in den großen Medienhäusern macht mir Sorgen. Unsere Gesellschaft scheint dadurch in eine Richtung zu driften, die die Vergangenheit in Erinnerung hält, aktuelle und teilweise nicht minder schwere Gefahren bleiben so aber unbeachtet und werden damit auch nicht bekämpft.

DP, als Sprachrohr der GdP, scheint sich langsam aber sicher dieser Arbeitsweise anzuschließen. Sicherlich ist die Position von DP von der GdP-Führung beeinflusst, was mich aber in Anbetracht von (um nur ein Beispiel von mehreren zu nennen) den jüngsten Äußerungen des Bundes-Vize Arnold Plickert durchaus in Besorgnis verfallen lässt. Da wird Demokratiefindlichkeit durch Neutralitätsverlust und Boykottaufrufe bekämpft. Aber sonst heißt es, dass man gleiches nicht mit gleichem vergelten solle. Welch' Paradoxon...

Die GdP wie auch unsere Gesellschaft wären meiner Ansicht nach gut beraten, politischerseits mehr Druck auch gegen Linksextremismus aufzu-

bauen, um hier wieder eine Gleichbehandlung gleicher Sachverhalte herzustellen, wie es schon unser Grundgesetz fordert.

**Peter Kühn, Celle**

*Anm. d. Redaktion: Für die Mai-Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI war eine Titelgeschichte zum Thema „Linksextremismus“ eingeplant. Wegen einer Erkrankung des Autors verschiebt sich die DP-Veröffentlichung wahrscheinlich bis in den Herbst.*

### Zu: Lesermeinung der Kollegen Auffarth und Döring, DP 4/17 und Kollege Gobrecht, DP 5/17

Diese Leserbriefe treffen den Nagel auf den Kopf. Ich weiß nicht, was das Gejammer soll, das die Differenz zwischen niederen und hohen Einkommen immer größer wird. Die Gewerkschaften haben einen großen Anteil an dieser Misere. Das Brot und die Kilowattstunde kosten für jeden in etwa gleich viel, auch die meisten Preissteigerungen betreffen beide Einkommensgruppen. Trotzdem wird hauptsächlich um eine prozentuale Anhebung der Bezüge gekämpft. Es ist deshalb nicht einzusehen, dass die eine Einkommensgruppe nach einer Lohnerhöhung 10 Euro mehr bekommt und die andere 50 Euro mehr. Würden die hauptberuflichen Gewerkschaftsfunktionäre zum Beispiel das Dreifache der niedrigsten Lohngruppe bekommen, würde schon lange für eine gleichmäßige Anhebung der Löhne gekämpft. **Manfred Bohn, Berlin**

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-pressestelle@gdp.de**







## Sicherheitsgesetze im Stundentakt

**D**ie Bürger fürchten sich offenbar immer mehr vor Kriminalität in ihrem direkten Umfeld. Dieses stark subjektiv geprägte Gefühl ist weit verbreitet in der Bevölkerung. Objektiv betrachtet sieht das Bild etwas anders aus. Wird doch Deutschland als eines der sichersten Länder der Welt bezeichnet. „Das Sicherheitsgefühl der Menschen wird nicht ausschließlich durch Terrorakte negativ beeinflusst. Wenn die Menschen die Überzeugung entwickeln, dass Wohnungseinbrüche, Fahrraddiebstähle oder Sachbeschädigungen offenbar ungeahndet bleiben, weil aufgrund von Personalmangel eine sachgerechte Bearbeitung unterbleibt, ist der Rechtsstaat in Gefahr“, erläutert der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow. Da ist es nach Ansicht von Polizeiexperten längst überfällig gewesen, dass der Bundestag Ende April gleich „im Stundenrhythmus“ Gesetze für mehr Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger beschloss, wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière im Parlament erklärte.

Als Erstes stand das sogenannte BKA-Gesetz auf der Tagesordnung. Dabei gehe es um weit mehr als um die Neustrukturierung eines Gesetzes,

sondern um nichts weniger als die Zukunft deutscher Polizeiarbeit, sagte der CDU-Politiker zur Begründung. Seit einem Jahr sei sein Ministerium damit

Abstimmung im Deutschen Bundestag.

Foto: Wolfgang Kumm/dpa

beschäftigt, die Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das vor fast genau einem Jahr im April 2016 verkündet wurde, zu ziehen und die Anforderungen aus der europäischen Datenschutzrichtlinie für die Zusammenarbeit im Polizei- und Justizbereich umzusetzen.

Das neue BKA-Gesetz macht den Weg frei für eine moderne polizeiliche IT-Infrastruktur, eine Infrastruktur, die das Fundament für gute, rechtsstaatliche Polizeiarbeit auf einem neuen Niveau darstellt. Jede Polizistin, jeder Polizist soll sämtliche Informationen Phänomen übergreifend zusammenführen und nutzen können, die sie oder er braucht und wenn sie oder er dazu berechtigt ist. Eine Unterteilung des Informationsauf-





kommens in verschiedene Datentöpfe wird überflüssig.

### Abkehr von der Datenhaltung in getrennten Dateien

„All denen, die in der Abkehr von der Datenhaltung in getrennten Dateien den Untergang des datenschutzrechtlichen Abendlandes befürchten“, so der Bundesinnenminister, „sage ich: Ihre Kritik geht an der Sache vorbei.“ In der „Geburtsstunde der polizeilichen Datenlandschaft und der Informationsverbindungen zwischen Bund und Ländern ist technisch und organisatorisch schlicht nichts anderes möglich und vorstellbar, als in Dateien zu denken und die analoge, papiergebundene Arbeit in das damals technisch Machbare umzusetzen. Das ist aber heute nicht mehr State of the Art, nirgendwo: weder technisch, auch nicht datenschutzrechtlich, noch kriminaltaktisch, auch nicht sicherheitspolitisch.“

Mit dem neuen BKA-Gesetz werde das in verfassungsrechtlich zulässiger Art und Weise geändert – unter Nutzung modernster Technik in Verbindung mit modernem Datenschutz. Das neue System ermögliche es, personen- und ereignisbezogene Daten zusammenzuführen und Zusammenhänge besser zu erkennen. „Das ist für die Sicherheit besser. Das



ist für die Polizei effektiver. Und das heißt trotzdem eben nicht weniger Datenschutz.“ Es würden also die Vo-

raussetzungen dafür geschaffen, dass die deutschen Polizeien die heute verfügbare Technik auch nutzen können.

### Verbesserte Instrumente zur Terrorismusbekämpfung

Die GdP begrüßte das „Gesetz zur Neustrukturierung des Bundeskriminalamtgesetzes“. Es sei an der Zeit gewesen, das BKA-Instrumentarium unter Berücksichtigung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts den Erfordernissen der aktuellen internationalen Terrorismusbekämpfung so weit wie möglich anzupassen. „Insbesondere die Schaffung einer modernen IT-Architektur für das BKA mit einer einheitlichen IT-Landschaft statt verschiedener Datentöpfe ist dringend erforderlich“, betonte Nikolaus Speicher, Vorsitzender des GdP-Bezirks BKA. „Unsere Ermittler vermessen in dem neuen Gesetz allerdings die Möglichkeit einer Vorratsdatenhaltung für die Gefahrenabwehr im Bereich der internationalen Terrorismusbekämpfung. Darüber hinaus stehen nunmehr Anpassungen des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung zur Bekämpfung der Cyberkriminalität an, um mit der technologischen Entwicklung im Cyberraum auf Augenhöhe zu bleiben. Diese Änderungen müssen technologieneutral sein, damit die Gesetzesentwicklung nicht immer der technologischen Entwicklung hinterher läuft und damit die Ermittlungsarbeit erschwert oder gar verhindert.“

### Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts

Eine Vielzahl der aktuellen Änderungen des BKA-Gesetzes beruht auf Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, dass die Ermächtigung des BKA zum Einsatz von heimlichen Über-

wachungsmaßnahmen zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus zwar im Kern mit dem Grundgesetz vereinbar sah. Allerdings befand das Gericht, dass die derzeitige Ausgestaltung von Befugnissen in verschiedener Hinsicht dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nicht genügt.

Der GdP-Bundesvorsitzende Malchow erhofft sich nunmehr ein Ende der politischen Kontroversen um die Befugnisse der obersten Polizeibehörde und mahnt künftig eine strengere Qualitätskontrolle der Bundesregierung bei eigenen Gesetzen an.



Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière im Deutschen Bundestag. Foto: Bernd von Jutrczenka/dpa

Malchow betonte: „Es behindert die Polizeiarbeit, wenn jede notwendige Anpassung der Rechtsgrundlagen den Umweg über Karlsruhe nehmen muss.“

### Langer Kampf der GdP erfolgreich

Die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten stimmte auch den Änderungen der Paragraphen 113 und 114 des Strafgesetzbuches zu. Damit werden die Strafen bei Angriffen auf Polizeibeamtinnen und -beamte sowie Rettungskräfte bei jeder Diensthandlung erhöht. „Das ist ein wichtiger Schritt und ein Zeichen für alle, die Tag und Nacht ihren Kopf für unsere Sicherheit hinhalten“, so der Innenminister zur Begründung.





GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow mit einem „O-Ton“ für den TV-Nachrichtensender N24. Foto: Zielasko

Diese Entscheidung des Bundestages ist nach Auffassung der GdP mehr als überfällig. „6.345 mehr Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte wurden allein im vergangenen Jahr Opfer von vollendeten Straftaten. Diese Steigerung von über elf Prozent gegenüber 2015 unterstreicht die Dringlichkeit, den Schutz von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften endlich zu stärken. Das ist auch ein Zeichen der Wertschätzung“, betonte Malchow.

Die Gewerkschaft der Polizei hatte über sieben Jahre darum gekämpft, der wachsenden Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ein deutliches Zeichen des Gesetzgebers entgegenzusetzen. „Polizisten werden angegriffen und zum Teil schwer verletzt, weil sie Polizisten sind. Sie werden angegriffen und verletzt nicht nur bei Maßnahmen, die sie vollstrecken müssen, sondern auch völlig ohne Anlass, allein, weil sie dieses Amt im Auftrag von Staat und Gesellschaft ausüben. Deshalb richtet sich solche Gewalt auch gegen den Staat und die Gesellschaft selbst.“ Es sei absolut richtig, so Malchow weiter, dass die gesetzlichen Änderungen auch für den Einsatz der Feuerwehr und der Rettungsdienste gelten.

### Einsatz der elektronischen Fußfessel

Zum Schutz vor Terroranschlä-

gen brachte der Bundestag zudem Gesetze zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung auf den Weg. Mit der beschlossenen Ausweitung des Maßregelrechts bei extremistischen Straftätern sollen beispielsweise der Justiz bekannte Täter besser überwacht werden können.

Die Fußfessel darf auf richterliche Anordnung dann vorgeschrieben werden, wenn bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass Gefährder einen Anschlag begehen könnten oder deren Verhalten darauf hindeute. Das Gesetz gilt jedoch für entsprechende Personen, für die das BKA zuständig ist. Das ist dann der Fall, wenn es um internationalen Terrorismus geht. Für alle anderen Gefährder sind die Länder zuständig: Sie müssen eigene Gesetze beschließen, wenn sie in ihrem Bereich ebenfalls elektronische Fußfesseln für Gefährder wollen. Ebenso wurde die Möglichkeit, die elektronische Fußfessel künftig auch Tätern anzulegen, die sich wegen einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, wegen Terrorismusfinanzierung oder wegen der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung strafbar gemacht haben.

Der GdP-Bundesvorsitzende Malchow warnte jedoch davor, die 2011 ins Strafgesetzbuch aufgenommene elektronische Aufenthaltsüberwachung als Allheilmittel zur Verhinderung von terroristischen Anschlägen zu betrachten. „Die Fußfessel könnte

helfen, die Lebensführung des sogenannten Gefährders zu kontrollieren. Das setzt allerdings voraus, dass dem Betroffenen Auflagen gemacht werden, bestimmte Orte nicht zu verlassen beziehungsweise bestimmte Orte nicht aufzusuchen.“

### Hoher rechtlicher Rahmen

Malchow betonte, es sei beispielsweise schwierig zu bestimmen, welche Areale ein islamistischer Straftäter nicht aufsuchen dürfe. „Man kann einen Menschen wohl nicht davon abhalten, den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen“, sagte der GdP-Chef. Es sei nicht so, dass mit einer Fußfessel jeder Schritt eines Trägers bewertet werde. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass dieses technische Hilfsmittel ein Ersatz für eine Observation darstellt, da wir ja wissen wollen, mit wem sich der zu Beobachtende trifft und spricht.“ Malchow gab zudem zu bedenken, dass der rechtliche Rahmen für die Anordnung für eine sogenannte Führungsaufsicht hoch sei.

Im Bereich der Prävention seien Bereichsbetretungsverbote und Meldeauflagen bekannt, allerdings setzten diese Maßnahmen voraus, so der GdP-Bundesvorsitzende, dass die Person in einem bestimmten Zeitraum einschlägige Straftaten begangen hatte. „Für eine präventive Fußfessel müssen daher klare gesetzliche Grundlagen gegeben sein, die zumindest vergleichbar sind. Da es sich bei der





Fußfessel ebenfalls um ein Eingriffs in die Rechte des Betroffenen handelt“, sagte der GdP-Chef.

### Mehr Sicherheit durch Fluggastdaten

Der bessere Schutz der Bürgerinnen und Bürger stand auch im Blickfeld, als der Weg für den Austausch der Fluggastdaten freigemacht wurde. Dem Bundeskriminalamt wird damit als deutsche Fluggastdatenzentralstelle ein wirkungsvolles Instrument im Kampf gegen Terrorismus und schwere Kriminalität in die Hand gegeben. Die Airlines werden damit verpflichtet, umfangreiche Datensätze über ihre Passagiere an das BKA weiterzuleiten.

Der Bundesinnenminister verwies abschließend darauf, dass „es ein Reigen an Sicherheitsgesetzen ist, der sich in ein sicherheitspolitisches Gesamtgefüge einpasst und den Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird.“

### Gewaltsames Eindringen in Wohnungen ist eine schwere Straftat

Wenige Monate vor der Bundestagswahl bringt derweil die Bundesregierung weitere Gesetzesänderungen auf den Weg. So beschloss das Kabinett in Berlin im Mai eine Gesetzesvorlage, wonach künftig Wohnungseinbrecher härter bestraft werden können. Die Regierung sende damit ein deutliches Signal an die Täter, betonte der GdP-Bundesvorsitzende Malchow und sagte: „Das gewaltsame Eindringen in die Privatsphäre von Menschen kann tiefe seelische Wunden reißen. Es handelt sich um eine schwere Straftat, für die verurteilte Einbrecher mindestens ein Jahr ins Gefängnis sollten.“

Die beabsichtigte Gesetzesänderung erweitere zudem das Instrumentarium der Polizei und verbessere damit die Möglichkeit, den Tätern schneller habhaft zu werden. Der demnächst als schwere Straftat kategorisierte Wohnungseinbruchdiebstahl erlaube der Polizei nach Zustimmung eines Richters, die Telekommunikation von Verdächtigen auszuwerten. „Ermittlungen bei Wohnungseinbrüchen sind meist zeit- und

personalaufwändig, die Erweiterung des Aufklärungsinstrumentariums wird unseren Kolleginnen und Kollegen dabei helfen, wirksamer gegen Einbrecher vorzugehen“, sagte der GdP-Chef.

Für die Opfer von Wohnungseinbrüchen sei es enorm wichtig, dass die Tat aufgeklärt werde und der Täter ein Gesicht bekomme. Viele Einbruchopfer litten noch lange unter der Ungewissheit, wer ihnen die Unversehrtheit der eigenen vier Wände zerstört hat. Der materielle Schaden spiele oft nur eine Nebenrolle, so der GdP-Chef. Daher komme auf die Polizei eine enorme Verantwortung zu. „Um die Täter dingfest zu machen, benötigen die Ermittler Sachverstand und Zeit. Diese Fachkolleginnen und -kollegen haben wir zwar, Zeit aber bei weitem nicht genug.“

Kurz vor dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe hat der Bun-

desrat in seiner 957. Sitzung Mitte Mai der Neustrukturierung des Bundeskriminalamtes zugestimmt. Die Länderkammer billigte weiterhin die Speicherung von Fluggastdaten zur Terror-Fahndung sowie den verstärkten Einsatz von Fußfesseln zur Überwachung extremistischer Straftäter. Unterschriftsreif ist nach Meinung der Länderregierungen auch der sogenannte Schutzparagraf. Zusätzlich wiesen die Länderchefs darauf hin, dass das Gesetz auch das „Gaffen an Unfallstellen oder Blockieren einer Rettungsgasse unter Strafe“ stelle. Hierfür Sorge eine neue Strafvorschrift „Behinderung von hilfeleistenden Personen. Der Bundesrat hatte sich bereits im Mai vergangenen Jahres für die Strafbarkeit von Gaffen ausgesprochen und einen eigenen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Nun fehlt nur noch die Unterschrift des Bundespräsidenten unter den Gesetzen.

wsd/hol/mzo

## Aus der Bundestagsdebatte...

Auszüge aus dem Stenografischen Bericht der Debatte des Deutschen Bundestages zu den Sicherheitsgesetzen vom 27. April 2017:

### Gesetz zur Neustrukturierung des Bundeskriminalamtgesetzes

**Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister des Innern:** „(...) Das neue BKA-Gesetz macht den Weg frei für eine moderne polizeiliche IT-Infrastruktur, eine Infrastruktur, die das Fundament für gute, rechtsstaatliche Polizeiarbeit auf einem neuen Niveau darstellt. Jede Polizistin, jeder Polizist soll sämtliche Informationen Phänomen übergreifend zusammenführen und nutzen können, die sie oder er braucht und wenn sie oder er dazu berechtigt ist. (...) All denen – vor allen Dingen den Grünen –, die in der Abkehr von der Datenhaltung in getrennten Dateien den Untergang des datenschutzrechtlichen Abendlandes befürchten, sage ich: Ihre Kritik geht an der Sache vorbei. (...) Die Planungen im Bundeskriminalamt und in den Bund-Länder-Gremien zur Umsetzung dieses Gesetzes laufen auf Hochtouren. Hinter dem Arbeitstitel „Polizei 2020“ verbirgt sich ein Großprojekt, das die Polizeien in Bund und Ländern lange beschäftigen wird. Das neue BKA-Gesetz legt hierfür heute

den Grundstein. Daneben – ich habe es schon erwähnt – setzen wir die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts um und führen die Möglichkeit ein, dass auch das Bundeskriminalamt im Bereich terroristischer Gefahrenlagen die Fußfessel einsetzen kann, um Gefährder besser beobachten zu können, obwohl wir wissen, dass die Fußfessel nicht die allein selig machende Lösung in der Terrorabwehr ist. (...) Meine Damen und Herren, heute werden wir Großes für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger beschließen, und das im Stundenrhythmus.“

**Martina Renner MdB (DIE LINKE):** „(...) Wer den Terrorismus bekämpfen und überwinden will, muss verstehen, warum Menschen zu Attentätern werden. Ihr Technikfetisch wird Ihnen darauf keine Antwort geben können. (...) Im Gesetz fehlen jegliche Regelungen über die vom Trojaner einzuhaltenen technischen Anforderungen. Ob der Trojaner tatsächlich nur Daten ausliest,



angegriffene Systeme manipuliert oder Daten sogar selbst erzeugt, wissen wohl nur das BKA und die beteiligten externen Ermittler.“

**Uli Grötsch MdB (SPD):** „(...) Ein Kompliment ist es im Grunde nie, wenn das Bundesverfassungsgericht ein Gesetz an uns zurückgibt. In diesem Fall aber sagt das Urteil auch, dass die verdeckten Überwachungsmaßnahmen grundsätzlich mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Die geforderten Nachjustierungen bezüglich der Bestimmtheit, der Verhältnismäßigkeit oder der richterlichen Kontrolle der Maßnahmen setzen wir mit diesem Gesetz um.“ (...) Wir wollen technisch auf der Höhe der Zeit sein. Bildlich gesprochen: Wir wollen nicht, dass unsere Beamten Terroristen am Commodore 64 bekämpfen, obwohl Terroristen – das ist hinlänglich bekannt – verschlüsselt mit High-End-Geräten arbeiten.“

**Irene Mihalic MdB (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** „(...) Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zum BKA-Gesetz viele bestehende Befugnisse beanstandet und einen engen Entscheidungskorridor definiert. Mit Ihrem Gesetzentwurf schrammen Sie permanent an der rechten Leitplanke dieses Korridors entlang. Das, was nach Einschätzung des Gerichts gerade noch so verfassungsrechtlich zulässig wäre, haben Sie dann per copy-and-paste ins Gesetz geschrieben. (...) Eine Regelung zu Staatstrojanern, die nicht mindestens auch die technischen Anforderungen an die Software klar definiert, lässt nicht einmal den Versuch erkennen, dass Sie sich mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben beschäftigt haben.“

**Stephan Mayer MdB (CSU):** „(...) Es gibt mehr datenschutzrechtliche Kontrolle. Es gibt eine Stärkung der Transparenz. Es gibt eine Ausweitung der Löschungspflichten. Es gibt mit diesem Gesetz auch eine Stärkung des individuellen Rechtsschutzes. (...) Die IT-Sicherheitsarchitektur hat über eine zu lange Zeit hinweg immer noch den Geist der 70er-Jahre in sich getragen.“

**Susanne Mittag MdB (SPD):** „(...) Bei endlichen finanziellen und personellen Ressourcen, wachsenden Aufgaben und neuen Phänomenen können wir uns 19 Parallelstrukturen in diesem Land nicht leisten. Man denke nur an das Ausmaß der Netzkriminalität, die zu bearbeiten ist. Bei den Verfahren

geht es derzeit locker um Daten im Terabyte-Bereich.“

**Clemens Binninger MdB (CDU):** „(...) Aufgrund der Struktur der Datenbanken und auch durch Recherche war es für die Polizisten in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern nicht möglich, zu erkennen, dass es im Rest von Deutschland eine Mordserie gab, bei der die Beschreibung der flüchtenden Mörder identisch war mit der Beschreibung der Täter bei den Banküberfällen. So wurden diese beiden Serien parallel bearbeitet, ohne dass man je den Zusammenhang erkannt hat, bevor 2011 der NSU aufzog.“

**Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften**

**Christian Lange, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz:** „(...) Mit dem Gesetz, das wir nun heute beschließen wollen, werden tätliche Angriffe gegen alle Vollzugsbeamte künftig härter bestraft, und dies unabhängig davon, ob sie gerade eine Vollstreckungshandlung vornehmen oder in sonstiger Weise dienstlich handeln. Vollstreckungsbeamte sind als Repräsentanten des Staates besonders exponiert, und sie brauchen alle unseren Schutz. Das ist das Mindeste, was wir für sie tun können. (...) Meine Damen und Herren, zollen wir also den Polizistinnen und Polizisten sowie den Rettungskräften den notwendigen und, wie ich meine, ihnen auch gebührenden Respekt und Schutz und stimmen dem Gesetzentwurf der Koalition zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften zu.“

**Frank Tempel MdB (DIE LINKE):** „(...) Ich möchte eine mögliche Ursache für die zunehmende Gewaltbereitschaft ansprechen. Wie häufig werden Strafverfahren wegen einfacher Gewaltdelikte in der Praxis auch bei sehr jungen Tätern mittlerweile wegen Geringfügigkeit ohne jegliche Konsequenz eingestellt, weil den Staatsanwaltschaften und Gerichten einfach die personellen Ressourcen fehlen, die Masse dieser Anzeigen tatsächlich zu bewältigen? Das betrifft übrigens auch einfache Straftaten gegen Polizeibeamte oder Feuerwehrleute. (...) Ich habe als Polizeibeamter oft solche Anzeigen geschrieben und Monate später die

Bescheide über die Einstellung des Verfahrens ohne jegliche Konsequenzen bekommen.“

**Dr. Günter Krings, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:** „(...) Die Bundesregierung ergreift daher ein ganzes Bündel an Maßnahmen, mit denen wir Polizisten bei ihrer schweren Arbeit unterstützen wollen sowie ihnen und anderen Uniformträgern die Wertschätzung zuteilwerden lassen, die sie für ihren Einsatz für Staat und Gesellschaft verdienen. (...) Dazu gehören ferner kommunikative und werbende Maßnahmen, die deutlich machen, dass hinter jeder Uniform nicht nur der Staat steht, sondern dass in ihr auch ein Mensch steckt, der Achtung und Respekt erwarten kann.“

**Irene Mihalic MdB (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** „(...) Sie sollten sich lieber darauf konzentrieren, für eine gute personelle und materielle Ausstattung zu sorgen. Herr Krings, stärken Sie diese Teile Ihres Maßnahmenbündels, das Sie vorhin vorgestellt haben. Damit tun Sie den Einsatzkräften einen weitaus größeren Gefallen. Das nützt der Eigensicherung der Beamtinnen und Beamten und macht deren Job tatsächlich sicherer. Es geht eben darum, Risiken zu vermeiden, die man auch vermeiden kann: mit genügend Leuten vor Ort zu sein beispielsweise; Digitalfunk, der tatsächlich funktioniert, also auch in den Gebäuden der Deutschen Bahn; Schutzausstattung, die wirklich schützt.“

**Dr. Johannes Fechner MdB (SPD):** „(...) Wir müssen Polizisten besser vor Gewaltattacken schützen. Denn die Polizistinnen und Polizisten sind ja gerade die, die für unsere Sicherheit und für die Sicherheit der Bürger sorgen. Wir müssen die Gewalt gegen Polizisten nicht nur deshalb bekämpfen, weil es hier um die Gesundheit der Bürger in Uniform, der Polizisten, geht, nein, es geht auch darum, das Gewaltmonopol des Staates zu verteidigen und keinen Zweifel daran zu lassen, dass wir die Organe, die die Staatsgewalt für uns ausüben, in diesen oft gefährlichen Tätigkeiten unterstützen und schützen.“

**Dr. Volker Ullrich MdB (CSU):** „(...) Polizeibeamte werden nicht allein als Individualpersonen angegriffen; der Angriff gilt ihnen als Repräsentanten des staatlichen Gewaltmonopols und unserer Rechtsordnung, und darauf







reagieren wir. (...) Natürlich haben Polizeibeamte bereits jetzt einen umfassenden strafrechtlichen Schutz durch die Regelungen zu Beleidigungs- und Körperverletzungsdelikten. Das stellt niemand in Abrede. Aber Sie verkennen, dass Polizeibeamte im Einsatz einer besonderen Gefahrensituation ausgesetzt sind. Sie können der Situation nicht ausweichen. Sie sind aus beruflichen Gründen zur Gefahrtragung verdonnert.“ (...) „Ich möchte daran erinnern, dass es nach unserem Verständnis kein Über- und Unterordnungsverhältnis zwischen Bürger und Staat gibt. Unsere Polizei begegnet den Bürgern durch einen offenen Umgang ja gerade auf Augenhöhe. Und gerade weil die Polizei einen offenen Umgang pflegt, müssen wir Polizeibeamte im Dienst auch besser schützen. Das ist die Kehrseite einer demokratischen und offenen Polizei.“

**Bettina Bähr-Losse MdB (SPD):** „(...) Respekt verdienen aber insbesondere Polizistinnen und Polizisten, andere Vollstreckungsbeamte sowie Rettungskräfte in Ausübung ihres Dienstes. Denn es handelt sich um Menschen, die nicht wie Sie und ich frei wählen und entscheiden können, ob sie sich in gefährliche Situationen begeben wollen oder eben nicht. Vielmehr verlangt ihre Arbeit gerade auch das von ihnen. Und sie tun das in unser aller Interesse als Repräsentanten der staatlichen Gewalt. Genau das ist es, was den Unterschied zu einem Angriff auf eine Individualperson ausmacht. Es ist also folgerichtig, einen tätlichen Angriff auf einen Repräsentanten des Staates stärker zu bestrafen als den Angriff auf eine Individualperson.“

**Armin Schuster MdB (CDU):** „(...) Jetzt mache ich Ihnen noch den Unterschied zwischen Körperverletzung und dem neuen Paragraphen 114 Strafgesetzbuch klar, den Sie nicht verstehen. Dass Ihnen das ein Innenpolitiker erklären muss, ist komisch. Wir haben folgenden Einstieg gewählt: Wer rempelt oder tätlich angreift, wird dafür mit Freiheitsstrafe rechnen müssen. Das ist ein ganz starkes Signal eines starken Staates. Bei der Körperverletzung läuft es eventuell auf eine Geldbuße hinaus. So hätten Sie es gerne, wir nicht. Wer einen Polizisten anremgelt oder tätlich angreift, geht künftig mit Freiheitsstrafe nach Hause. Das ist das Signal, was wir senden müssen und wollen, meine Damen und Herren.“

## **GdP bewertet Rauschgiftbilanz 2016**

**Die tatsächliche Zahl der hierzulande begangenen Rauschgiftdelikte ist nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) deutlich höher, als es die Polizeiliche Kriminalstatistik aussagt.**

„Bei Rauschgiftkriminalität handelt es sich um ein Kontrolldelikt. Die Polizei muss aktiv ermitteln, um Taten und Täter zu identifizieren. Es spricht zwar für die engagierte und professionelle Arbeit der Ermittler, dass im Vergleich zum Vorjahr sieben Prozent mehr Delikte festgestellt worden sind“, betonte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow Anfang Mai anlässlich des Jahresberichts 2016 zur Rauschgiftkriminalität. Besorgniserregend sei jedoch, dass die erfolgreichen Ermittlungen zeigten, dass Deutschland nach wie vor einen lukrativen Markt für Rauschgiftkriminelle darstelle.

Die GdP unterstützt die Absicht der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Marlene Mortler, neben repressiven Maßnahmen noch stärker auf Prävention zu setzen. „Wer dem Rauschgifthandel die Kunden nimmt, zerstört das Geschäftsmodell. Vor dem Hintergrund steigenden Konsums darf dies jedoch nicht nur Ankündigungsrhetorik bleiben“, unterstrich Malchow in einer Presseerklärung.

Nach Angaben Mortlers und dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, ist die Zahl der Drogentoten bundesweit zum vierten Mal in Folge gestiegen. Bei der Darlegung der Rauschgiftbilanz für 2016 in der Berliner Bundespressekonferenz Anfang Mai berichteten Mortler und Münch über 1.333 rauschgiftbedingte Todesfälle, was einem Anstieg um neun Prozent entspreche. Besorgt zeigte sich die Drogenbeauftragte über den „besonders hohen Anstieg von Todesfällen im Zusammenhang mit dem Konsum sogenannter Neuer psychoaktiver Stoffe (NPS)“, die auch als „Legal Highs“ bezeichnet werden.

Mortler zufolge verstarben im vergangenen Jahr 98 Menschen an Legal Highs, 2015 waren es 39. Sie erläuterte, dass 2016 „erstmal im Zusammenhang mit NPS auch die Todeszahlen durch Synthetische Opioide (unter an-

derem Fentanyl-derivate) alleine oder in Verbindung mit anderen Stoffen“ in den Bundesländern erhoben worden waren. Diese seien in den 98 Toten enthalten. Betrachte man wie im Vorjahr nur die mono- und polyvalenten Vergiftungen durch andere Substanzen als Opioide oder Opiate, komme man auf 76 Tote. **mzo**

## **Bundesgerichtshof stärkt Befugnisse der Polizei**

**Legendierte, also vorgetäuschte Polizeikontrollen, sind nach einer Entscheidung des 2. Strafsenats des Bundesgerichtshofs (BGH) von Ende April grundsätzlich zulässig. Damit stärkten die Karlsruher Richter die Befugnisse der Polizei. Im vorliegenden Fall hatte das Landgericht Limburg einen Angeklagten wegen Einfuhr von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge (Kokain) in Tateinheit mit Handeltreiben mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren und sechs Monaten verurteilt.**

Der Angeklagte war Beschuldigter in einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main, das diese gegen eine marokkanische Tätergruppierung wegen Verdachts von Betäubungsmittelstraftaten führte. Aufgrund verdeckter Ermittlungen erhielt die Kriminalpolizei Frankfurt am Main konkrete Hinweise auf einen Betäubungsmitteltransport des Angeklagten, den der zu diesem Zeitpunkt vorübergehend in Marokko befindliche „Chef“ der Gruppe organisiert hatte. Tatsächlich übernahm der Angeklagte von einer unbekanntenen Person in den Niederlanden Kokain und beabsichtigte, die Drogen in Deutschland zu verkaufen.

Als die Kriminalpolizei Frankfurt am Main über einen am Fahrzeug des Angeklagten angebrachten Peilsender feststellte, dass sich der Angeklagte nach Grenzübertritt wieder auf der Autobahn in Deutschland befand, entschloss sie sich, das Fahrzeug von der Verkehrspolizei Wiesbaden bei einer Verkehrskontrolle anhalten und durchsuchen zu lassen, um die mitgeführten Betäubungsmittel sicher-





zustellen. Dabei wurden im Inneren des Fahrzeugs mehrere Päckchen Kokain (insgesamt knapp acht Kilogramm) aufgefunden. Ein richterlicher Beschluss für die Durchsuchung des Fahrzeugs, der die Offenbarung der im Hintergrund geführten verdeckten Ermittlungen zwangsläufig zur Folge gehabt hätte, wurde nicht eingeholt, um den vorübergehend in Marokko weilenden Hintermann nicht zu warnen.

Der Ermittlungsrichter in Limburg erließ gegen den Beschuldigten Haftbefehl in Unkenntnis der im Hintergrund laufenden Ermittlungen in Frankfurt am Main. Erst nach Festnahme des wieder nach Deutschland eingereisten Hintermanns, aber noch vor Anklageerhebung gegen den Beschuldigten, wurden die Erkenntnisse aus dem in Frankfurt am Main geführten Ermittlungsverfahren offengelegt.

Der 2. Strafsenat des BGH verwarf die gegen dieses Urteil gerichtete Revision des Angeklagten, mit der er insbesondere einen Verstoß gegen den Richtervorbehalt aus Paragraph 102, 105 Abs. 1 Strafprozessordnung (StPO) und ein daraus resultierendes Beweisverwertungsverbot geltend gemacht hat, als unbegründet.

Der Senat entschied, dass die Durchsuchung des Fahrzeugs des Angeklagten auf Paragraph 37 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) in Verbindung mit Paragraph 36 Abs. 1 Nr. 1 HSOG beziehungsweise Paragraph 40 Nr. 1 und 4 HSOG gestützt werden konnte, die eine vorherige richterliche Anordnung (im Gegensatz zur Durchsuchung von Wohnungen) nicht voraussetzen.

Der Anwendung präventiv-polizeilicher Ermächtigungsgrundlagen stehe nicht entgegen, dass zum Zeitpunkt der Fahrzeugdurchsuchung bereits ein Anfangsverdacht einer Straftat gegen den Angeklagten vorlag, der auch ein Vorgehen nach Paragraph 102, 105 StPO ermöglicht hätte. Es bestehe weder ein allgemeiner Vorrang der Strafprozessordnung gegenüber dem Gefahrenabwehrrecht noch umgekehrt, so der BGH. Bei Gemengelagen, in denen sowohl repressives als auch präventives polizeiliches Handeln in Betracht komme, blieben strafprozessuale und gefahrenabwehrrechtliche Ermächtigungsgrundlagen grundsätzlich nebeneinander anwendbar.

Die bei der Fahrzeugdurchsuchung sichergestellten Betäubungsmittel

seien gemäß Paragraph 161 Abs. 2 Satz 1 StPO als Beweismittel im Strafprozess gegen den Angeklagten verwertbar. Dieser Vorschrift liege der Gedanke des hypothetischen Ersatzeingriffs zugrunde. Danach setze die Verwendung polizeirechtlich gewonnener Erkenntnisse im Strafverfahren voraus, dass diese – wie hier – rechtmäßig erhoben wurden und zur Aufklärung einer Straftat dienten, aufgrund derer eine solche Maßnahme nach der Strafprozessordnung hätte angeordnet werden dürfen. Es sei nicht erforderlich, dass die formellen Anordnungsvoraussetzungen nach der Strafprozessordnung, wie etwa das Vorliegen einer richterlichen Durchsuchungsanordnung, gewahrt wurden.

Gehe die Polizei nach Gefahrenabwehrrecht vor und bestehe gleichzeitig der Anfangsverdacht einer Straftat gegen den Beschuldigten, so die Richter, sei zur Gewährleistung eines rechtsstaatlich fairen Verfahrens vor dem Hintergrund der Leitungsbefug-

nis der Staatsanwaltschaft als „Herrin des Ermittlungsverfahrens“ allerdings sicherzustellen, dass diese zeitnah, wahrheitsgemäß und vollständig über die Hintergründe der polizeilichen Maßnahmen informiert werde. Nur so sei gewährleistet, dass die Staatsanwaltschaft auf einer vollständigen Tatsachengrundlage über ihr weiteres strafprozessuales Vorgehen (etwa Beantragung eines Haftbefehls) und über eine mögliche Beschränkung von Akteneinsicht entscheiden könne. Im Ermittlungsverfahren obliege es allein der Staatsanwaltschaft, zu entscheiden, ob und gegebenenfalls welche Erkenntnisse gegen den Beschuldigten wegen einer Gefährdung des Untersuchungszwecks zunächst zurückgehalten werden. Spätestens mit Anklageerhebung müsse der für den Anklagevorwurf maßgebliche prozessuale Sachverhalt vollständig offen gelegt werden; dies wäre hier geschehen. (Urteil vom 26. April 2017 – 2 StR 247/16)

hol

## GdP-Kripo-Experten treffen TV-Kommissar



Manchmal führt Kommissar Zufall auch Menschen zusammen, die zumindest oberflächlich betrachtet den gleichen Beruf ausüben. Die GdP-Kripoexperten um den Bundesfachausschussvorsitzenden Norbert Meiners (m.) trafen nach getaner Sitzungsarbeit auf den deutschen Schauspieler

Florian Lukas, neben vielen anderen Kino- und TV-Filmen unter anderem bekannt als Kommissar Jens Jensen aus der ZDF-Krimireihe „Friesland“. Sie kürten den „Kollegen“ mit einem eilig herbei gerufenen GdP-Buddy-Bären.

mzo







## NACHRICHTEN

### Beamtenpolitischer Expertenaustausch



Foto: Zielasko

Zu einem beamtenpolitischen Expertenaustausch kamen Anfang Mai in Berlin die Mitglieder des GdP-Bundesfachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht (BFA BB) mit Vertretern des Deutschen Bundeswehrverbandes zusammen. Dabei wurden unter anderem Themen wie Arbeitszeit, Belastungsausgleich,

Personalausstattung und Versorgungsausgleich intensiv diskutiert. Angesichts zahlreicher ähnlicher Herausforderungen und Interessenlagen erörterten die Kolleginnen und Kollegen auch Möglichkeiten einer zukünftigen themenbezogenen gegenseitigen Unterstützung.

**Christian Hoffmeister**



## INTERN

### GdP-Bundesvorstand erörtert bei Brüssel-Sitzung gewerkschafts- und sicherheitspolitische Themen

*„Sicherheit ist eines der Top-Themen auf europäischer Ebene. Deshalb war es absolut richtig von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Julian King zum Sicherheitskommissar zu ernennen, der die Sicherheitsagenda der Europäischen Union (EU) umsetzen soll.“ Mit diesen Worten begrüßte Friedrich von Heusinger, Hausherr der Landesvertretung Hessen in Brüssel, den Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu seiner Sitzung Anfang Mai am Sitz der EU. Seit verganginem Jahr ist die GdP mit einem eigenen Büro „Untermieter“ der Landesvertretung, um die Interessen der Polizeibeschäftigten auf europäischer Ebene zu vertreten.*

Keine leichte Aufgabe für Euro-Bürochef und GdP-Bundeskassierer Jörg Bruchmüller. Allein 300 Regionen aus 28 EU-Mitgliedsstaaten wollen dort ihre Interessen durchsetzen, geschätzte 25.000 Lobbyisten tummeln sich

in der belgischen Hauptstadt. Aber diese Aufgabe ist notwendig: Rund 80 Prozent der nationalen Gesetzgebung in den Mitgliedsstaaten wird mittlerweile durch die EU beeinflusst.



## COP® SPECIALS

Mai / Juni 2017

\*\*Gültig vom 20.04. bis 30.06.2017

MIT SHOPS IN  
BERLIN · LEIPZIG  
MÜNCHEN · WIEN

# COP

**1 Hüfttaschenholster**

**COP® MB9**

Art.-Nr. 200009  
Farbe: schwarz  
Material: 100% Polyester  
Maße: 28x20x6 (BxHxT)  
Mit Sicherheits-Koppelschloss  
COP-LOK® am Hüftgurt.



AKTIONSPREIS\*\*  
**€ 39,90**  
statt 59,99\*\*\*



Fingerspitzenchutz:  
Stichschutzkategorie 4+



EN 388  
3 5 4 3

Abriebfestigkeit: Kategorie 3  
Schnittfestigkeit: Kategorie 5  
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4  
Durchstichfestigkeit: Kategorie 3

AKTIONSPREIS\*\*  
**€ 59,90**  
statt 79,99\*\*\*



**3 Halbschuh**

**MAGNUM® "MPT"**

Art.-Nr. 87800745-Größe

Farbe: schwarz  
Größen: EU 39 - 48 (US 7 - 15)  
keine halben EU-Größen  
Gewicht 1 Schuh in Gr. 43: 410 g  
Obermaterial: atmungsaktives  
Nylon mit Einlagen aus Leder.



Mit Vibram® Sohle

AKTIONSPREIS\*\*  
**€ 49,90**  
statt 69,99\*

**TACTICAL**

**4 Under Armour®**

**Tactical Vaiset Stiefel**

Art.-Nr. UA1224003B-Größe (beige)

Art.-Nr. UA1224003-Größe (schwarz)

Farbe: beige und schwarz  
Größen beige: US 7,5 - 15 (EU 40,5 - 49,5)  
Größen schwarz: US 8 - 14 (EU 41-48,5)  
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 450 g



AKTIONSPREIS\*\*  
**€ 99,90**  
statt 129,99\*

Sportlicher, extrem bequemer und ultraleichter Einsatzstiefel von Under Armour®.

**5 Einsatz Tasche „Equipment Bag“**

**COP® 903**

Art.-Nr. 903 BAG-2C  
Außenmaße: 56 x 24 x 32 cm (L x B x H)  
Innenmaße: 48 x 20 x 30 cm (L x B x H)  
Farbe: coyote  
Material: 100% Polyester



AKTIONSPREIS\*\*  
**€ 59,90**  
statt 84,99\*\*\*

Angebot gilt ohne Deko



**6 Under Armour® T-Shirt**

**„Signature“ HeatGear®**

Art.-Nr. UA12723935-Größe

Material: 65 % Polyester, 35 % Rayon  
Farben: schwarz oder weiß  
Größen: XS-3XL

FITTED

2er-Pack

AKTIONSPREIS\*\*  
**€ 29,90**  
statt 39,99\*

heatgear®  
FÜR HEISSE TAGE  
MIT KÖHLE UND TROCKEN

**7 Paracord Armband**

**„Survival bracelet“**

Art.-Nr. 4509J204

Material: Nylon mit Kunststoffschließe  
Farbe: schwarz mit blauem Band  
Innendurchmesser Armband 6 cm.  
Armbandlänge 24 cm  
Gesamtlänge der Schnur geöffnet 325 cm



AKTIONSPREIS\*\*  
**€ 3,90**  
statt 6,99\*\*\*

\* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. \*\*\* ehemaliger Verkäuferpreis  
\*\*Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. April bis 30. Juni 2017

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilbach · Germany  
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail support@cop-gmbh.de

# www.cop-shop.de



**Über Schwierigkeiten bei der Nachwuchsge-  
winning im Bundeskri-  
minalamt berichtete  
Katrin Seiler vom Bun-  
deskriminalamt.**

**Fotos (3): Holecek**

neuesten Stand und die jüngsten Ent-  
wicklungen der internationalen Poli-  
zeimissionen.

**I**m Rahmen von Mandaten der UN  
und der EU beteiligen sich die  
Bundespolizei, das Bundeskriminal-  
amt, der Zoll und die Länderpolizeien  
heute in Afghanistan (im bilateralen  
Projekt der BRD und Afghanistan  
GPPT und bei EUPOL), im Kosovo  
(EULEX und UNMIK), in Bosnien-Her-  
zegowina (EUPM), im Sudan und Süd-  
Sudan (UNAMID und UNMISS), in  
Liberia (UNMIL), in Palästina (EUPOL  
COPPS und EUBAM Rafah) in Molda-

### Zahlreiche internati- onale Missionen

Der GdP-Bundesvor-  
stand, der auf seiner  
zweitägigen Sitzung  
in Europas Hauptstadt  
eine umfangreiche  
Tagesordnung bewältigte,  
hatte auch den  
Inspekteur der Polizei  
Nordrhein-Westfalen  
a.D., Dieter Wehe, zu  
Gast. Wehe ist über sei-  
nen Ruhestand hinaus  
bis 2018 Vorsitzender  
der Arbeitsgruppe In-  
ternationale Polizei-  
missionen (AG IPM).  
Er berichtete über den



**GdP-EU-Beauftragter Jörg  
Bruchmüller (l.) und GdP-  
Vorsitzender Oliver Mal-  
chow (r.) mit Chief Inspec-  
tor Anthony Stolarek.**

**„Hausherr“ der hessischen  
Landesvertretung in Brüs-  
sel, Friedrich von Heusinger  
(3.v.l.), und GdP-Chef  
Oliver Malchow (m.).**



wien und der Ukraine  
(EUBAM Moldau und  
Ukraine) sowie in Geor-  
gien (EUMM). Nord-  
rhein-Westfalen stellt  
das größte Kontingent  
der Länderpolizeien  
für internationale Frie-  
densmissionen, wobei





**Dieter Wehe (2. v. l.), Experte für Polizeiliche Auslandsmissionen, als Gast der Brüsseler Bundesvorstandssitzung. Foto: Holecsek**

sich das gesamtdeutsche Kontingent in einem Verhältnis von zwei Drittel (Länderpolizeien) zu einem Drittel (Bundespolizeien) aufteilt.

### „Sprachregeln“ für Belgiens öffentlichen Dienst

Weiterer Gast der Bundesvorstandssitzung war Chief Inspector Anthony Stolarek vom Direktorat für Internationale polizeiliche Zusammenarbeit der belgischen Polizei. Er schilderte die komplizierte polizeiliche Arbeit in dem geografisch kleinen Föderalstaat mit sechs Regierungen, 47 Ministern, davon sieben Innenministern. Die Belgische Polizei besteht aus der Föderalen Polizei (Federale Politie, Police Fédérale) und der Lokalen Polizei (Lokale Politie, Police

Locale). Seit der Strukturreform 2001 ist die Polizei in die zwei Organisationsformen getrennt. Die Föderale Polizei arbeitet ebenfalls landesweit. Die lokale Polizei mit ihren momentan 195 Polizeizonen ist aus kommunalen Polizeieinheiten und der bis 2001 bestehenden Rijkswacht/Gendarmerie gebildet worden. Obwohl Belgien drei offizielle Sprachen hat, ist nur die Region Brüssel-Hauptstadt offiziell zweisprachig. Die übrigen Teilstaaten sind offiziell einsprachig. Das ist die Folge einer politischen Evolution, die schon bei der Gründung Belgiens im Jahre 1831 anfang. In Brüssel sind sowohl Niederländisch als auch Französisch offizielle Sprachen, in Flandern nur Niederländisch, in Wallonien nur Französisch. Eine Sprachgesetzgebung in Belgien regelt den Gebrauch der drei

offiziellen Landessprachen Niederländisch, Französisch und Deutsch im belgischen öffentlichen Leben.

Während Artikel 30 der Verfassung des Königreichs Belgien für Privatpersonen einen freien Gebrauch der Sprachen vorsieht, müssen die öffentlichen Dienste des Staates eine Reihe von Regeln beachten, die sowohl den Sprachengebrauch innerhalb der Dienste als auch zwischen den verschiedenen Diensten und gegenüber dem Bürger betreffen.

Insbesondere richten sich Sprachgesetze an die Gesetzgeber, die Verwaltungen, die Gerichte, die Streitkräfte und das Personal des Unterrichtswesens in Belgien. Auch die Personalsituation erleichtert die Polizeiarbeit in Belgien nicht gerade. Stolarek: „Derzeit können in ganz Belgien nur 1.600 Polizeibeamte eingestellt werden, aber die jährlichen Zurrücksetzungen übersteigen diese Zahl der Einstellungen. In manchen Bereichen haben wir eine Unterkapazität von über 20 Prozent.“

### Schwierige Nachwuchsgewinnung

Über Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung im Bundeskriminalamt und den Ergebnissen einer Online-Untersuchung berichtete Kollegin Katrin Seiler vom Bundeskriminalamt (BKA) im Rahmen einer Masterarbeit. Obwohl 78 Prozent der Personen die Voraussetzungen erfüllten, so Seiler, sei nur ein mittelmäßiges Interesse für die Aufstiegsausbildung vorhanden. DEUTSCHE POLIZEI wird in einer der nächsten Ausgaben auf dieses Thema näher eingehen. **hol**

Anzeige



Habichtswald-Klinik, Wigandstraße 1, 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe



### Vielfalt ist unsere Einzigartigkeit. Erfahrung unsere Stärke.

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten und Ressourcen wiederentdeckt, Selbstheilungskräfte frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen.

Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z. B. bei Tinnitus, Depression, Burnout oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) oder gebührenfrei\* unter 0800 890 11 00.

\* aus dem deutschen Festnetz



## Cybercrime entwickelt sich rasant – Polizei fordert deutlich mehr digitale Kompetenzen

Von Michael Zielasko

**Kaum hatte die von Bundeskriminalamt (BKA), dem Digital Society Institute (DSI) und dem German Competence Centre against Cyber Crime e. V. (G4C) veranstaltete „Cybercrime Conference – C3“ Anfang Mai in Berlin begonnen, meldete das Online-Portal einer großen deutschen Boulevardzeitung, dass Hacker die Kundenkonten eines Telekommunikationsanbieters „leer“ geräumt hätten. Zwar ein Zufall, doch ein klarer Fingerzeig für die Brisanz des Konferenzthemas. Der Co-Gastgeber, BKA-Präsident Holger Münch, sah in seinen Eingangsworten Cybercrime in einer rasanten, dynamischen Entwicklung, ausgeführt von gut vernetzten Kriminellen mit einem breiten verbrecherischen Aktivitätsspektrum. „Wir sind längst mit-tendrin“, sagte er den 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Polizei, Wirtschaft und Wissenschaft. Was Münch zu diesem Zeitpunkt noch nicht wusste: Rund zehn Tage später schreckte eine massive Cyberattacke die Welt auf. Der europäischen Polizeibehörde Europol zufolge waren bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe Mitte Mai rund 200.000 Rechner in 150 Ländern Ziel einer digitalen Erpressung mit sogenannter Ransomware. Infiziert worden waren Systeme von Organisationen und Instituti-onen wie dem britischen Gesundheitsdienst NHS, der Deutschen Bahn sowie Produktionsstätten und Regierungsbehörden in aller Welt.**

wunderte der ernste Gesichtsausdruck des BKA-Chefs nicht, als er betonte, dass die Polizei ihre Fähigkeiten bei der Bekämpfung des digitalen Verbrechens verbessern müsse. Das liege vor allem an den Cyberkriminellen, denn die wären nicht nur innovativ, sondern auch anpassungsfähig. Sie verfügten über das erforderliche Know-how und bedienten sich neuester Technologien, um zum Beispiel Schwachstellen in der technischen Infrastruktur auszunutzen. Um Schritt halten zu können, sei es für die Polizei notwendig, Methoden und Werkzeuge zu entwickeln, so wie es die Gegenseite auch tue. Münch: „Unsere Ermittler und Analytiker brauchen neben internationalen und interkulturellen auch digitalen Kompetenzen.“

Der BKA-Präsident bemängelte, dass eine tiefe Kluft zwischen der



### Unklare Dimension des Verbrechens

Vergleichbar mit der ersten industriellen Revolution bietet auch die digitale Entwicklung Tätern zahlreiche Tatgelegenheiten, so Münch. Das Cyber-

crime-Lagebild seiner Behörde gebe indes nur ansatzweise wieder, welche Dimension das digitale Verbrechen mittlerweile habe. Das Dunkelfeld, wie auch von anderen Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmern immer wieder bestätigt, sei immens. Das bleibe der Polizei nicht verborgen. So ver-

**BKA-Präsident Holger Münch bei der Eröffnung der gut besuchten Berliner „Cybercrime Conference – C3“ Anfang Mai im ehemaligen DDR-Staatsratsgebäude, dem heutigen Sitz der European School of Management and Technology (ESMT Berlin).**

Foto: Zielasko





digitalen Entwicklung und dem dazugehörigen Rechtsrahmen bestehe. „Dem heutigen Internet 4.0 steht ein Recht 1.1 gegenüber.“ Es gelinge nicht in ausreichendem Maße, Verschlüsselungen zu überwinden. Der Handlungsbedarf sei offensichtlich. Das gelte genauso für die behördliche Organisationsentwicklung, wo noch zu langsam reagiert werde. „Die Sicherheitsbehörden müssen flexibel sein und sich schnell an neue Gegebenheiten anpassen können.“

**A**uch eine intensive behördliche Zusammenarbeit sei ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg: „Wir setzen auf ein starkes nationales und internationales Netzwerk zwischen Behörden, Wirtschaft und Wissenschaft“, sagte Münch. Angesichts der Alltäglichkeit des Internets werde die Polizei ihre Präsenz im virtuellen Raum deutlich verstärken müssen: „Die Digitalisierung wird die Polizei verändern.“ Die Rolle des BKA hat Münch dabei konkret vor Augen:

Die Behörde verstehe sich als Kompetenzzentrum mit projektorientierten Ansatz.

## Wie ein Start-up-Boom

„Bei Cybercrime reden wir von hochentwickelten, prozessorientierten Angriffen mit reichlich Expertise auf der kriminellen Seite“, machte Dr. Sandro Gaycken deutlich. Der Direktor des Digital Society Institute sprach von höchst innovativen Geschäftsmodellen, die sehr lukrativ seien. Schätzungen seien angesichts des „riesigen Dunkelfeldes“ zwar schwierig, jedoch habe sich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) aus der Deckung gewagt und die jährliche Schadenssumme auf etwa 0,8 Prozent des deutschen Bruttosozialprodukts, also rund 3 Milliarden Euro, taxiert. Etwa 14 Millionen digitale Straftaten kämen in einem Jahr zusammen. Demgegenüber waren der Polizei in 2016 lediglich rund 83.000 Cybercrime-De-

likte mit einem vermuteten Schaden von circa 51 Millionen Euro bekannt geworden, wie der BKA-Chef zuvor berichtete. Der kriminelle Markt entwickle sich, neue Fähigkeiten würden gesucht und eingesetzt. Jüngst habe es beispielsweise einen Cyberangriff auf einen Öltanker gegeben, erläuterte Gaycken. Dabei waren die elektronischen Zertifikate der wertvollen Ladung geklont und später zehnfach verkauft worden. „Es ist schon ein Problem an den Ist-Stand der Cyberkriminalität heranzukommen. Und die Akteure kommen bei weitem nicht mehr nur aus dem russischen Raum. Mittlerweile mischen auch Kriminelle aus Asien, Afrika und Südamerika mit.“ Das illegale Geschäft beschleunige massiv und differenziere sich aus. „Cybercrime durchläuft momentan geradezu einen Start-up-Boom“, betonte der DSI-Experte. Wie damalige PC-Pioniere durchliefen Anbieter krimineller IT-Technik die „klassische Entwicklung von der Garagenfirma zum Mittelständler“. Und es werde sehr

Anzeige

## Zentrum für Informationssicherheit



### CYBER-KRIMINALITÄT IM FOKUS

## Seminare der Cyber Akademie für die Polizei

**Incidence-Response – Wie reagiert man korrekt auf Sicherheitsvorfälle?**

• 05.09.–06.09.2017, Berlin

**Mobile Device Security – Risiken und Schutzmaßnahmen**

• 12.09.–14.09.2017, Berlin

**Grundlagen der Kryptologie – Methoden, Risiken und Nutzen der Datenverschlüsselung**

• 19.09.–20.09.2017, Frankfurt am Main

**IT-Forensik – Spurensuche auf elektronischen Datenträgern**

• 20.09.–22.09.2017, Hannover



Die GdP ist  
Partner der CAK



Weitere Informationen zu diesen und  
anderen Seminaren unter: [www.cyber-akademie.de](http://www.cyber-akademie.de)



viel Geld investiert, oft deutlich mehr, als die im Visier der Täter sich befindenden Unternehmen für ihre digitale Sicherheit ausgeben.

**M**an müsse sich ehrlicherweise eingestehen, dass man im Bereich der Strafverfolgung noch zu wenig gute Leute habe und weit hinter den Kriminellen sei. Dringlich sei es, Qualität zu schaffen. Angesichts der Tatsache, dass es in Deutschland nur etwa 360 wirkliche Experten gebe und diese am Markt hart umkämpft seien, gestalte sich das Unterfangen nicht einfach. Ein denkbarer

Lösungsweg ist Gaycken zufolge ein Umdenken vom kompetitiven hin zu einem kooperativen Handeln. Expertise könne eben auch geteilt werden. Zudem müssten die Anstrengungen erhöht werden, kriminelle Experten zu identifizieren und womöglich auf die andere Seite zu ziehen. Es gebe internationale Beispiele, wo dies gelunge sei.

**M**it einer vermeintlich guten Nachricht mühte sich DSI-Direktor Gaycken jedoch die Konferenzgäste ein wenig zu beruhigen: „Auch die kriminelle Szene verfügt nicht über Spezialisten im Überfluss“, sagte er.“

## Cybercrime weniger lukrativ machen

Nach Münch und Gaycken hatte es Dr. Emily Haber, Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, nicht leicht, bisher unberücksichtigte Cybercrime-Aspekte anzusprechen. So beschwor sie zunächst wie ihre Vorredner den offensichtlich so dringend notwendigen gemeinsamen Ansatz für eine möglichst effiziente Bekämpfung des digitalen Verbrechens. Diesen zu befördern stehe angesichts zunehmender IT-Abhängigkeit im Alltag sowie der immer



Foto: Zielasko

höheren digitalen Verwundbarkeit auf der Tagesordnung der Bundesregierung weit oben. Dass der Staat nicht chancenlos sei gegen Cyberkriminelle hätten zum Beispiel die Aufklärung des Angriffs auf Router der Deutschen Telekom und das Zerschlagen des international agierenden „Avalanche“-Botnet (siehe DP 5/2017) gezeigt. Die unter dem politischen Dach des BMI angesiedelte Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) werde von München aus die Cyber-Sicherheitsstrategie Deutschlands noch erweitern. ZITiS werde sich mit der digitalen Forensik, der Telekommunikationsüberwachung, der Kryptoanalyse (Dekryptierung), der Massendatenauswertung/Big-Data sowie technischen Fragen von Kriminalitätsbekämpfung, Gefahrenabwehr und Spionageabwehr beschäftigen. Zudem sollen die Cyberspezialisten als Berater der Sicherheitsbehörden fungieren sowie effektive „Tools“ entwickeln. „Die Sicherheit eines Systems wird immer über das schwächste Glied der Kette definiert. In Sachen Prävention müssen wir viel stärker sensibilisieren. Wir müssen dahinkommen, dass jede und jeder wenigstens über einen rudimentären Schutz verfügt“, forderte die Staatssekretärin und unterstrich eines der aus ihrer Sicht größten Probleme: die noch viel zu oft anzutreffende Unachtsam-

keit im Umgang mit digitaler Technik. Vor diesem Hintergrund kündigte Haber härtere Zeiten für Cybertäter an. „Wir werden die Botschaft einer konsequenten Strafverfolgung übermitteln. Dazu wollen wir die Sicherheitsbehörden technisch und gesetzlich stärken.“ Es könne nicht sein, dass Deutschland zwar ein anerkannter Kryptisierungsstandort sei, die Ermittler hierzulande jedoch keine geeignete Handhabe hätten, Verschlüsselungen zu überwinden. Dazu wolle das BMI die Polizeibehörden von Rechts wegen befähigen. Noch für diese Legislaturperiode stünde auf der To-do-Liste des Ministers gesetzliche Grundlagen für die sogenannte Quellen Telekommunikationsüberwachung« (TKÜ) zu schaffen. Erörtert würden zudem ein neuer Straftatbestand „Datenhehlerei“ sowie eine Ausweitung der Verkehrsdatenspeicherung.

## „111 Notruf Cybercrime“

Im Fokus der Cyberkriminalität sieht sich auch die deutsche Wirtschaft. „Unsere Unternehmen haben einen enorm hohen Verletzungsgrad. Es fehlt uns an Orientierung und Transparenz, bei dem, was uns wirklich helfen kann“, zeichnete Dr. Klaus Mittelbach ein eher düsteres Bild. Vor allem mittel-





ständige Unternehmen kümmern sich noch viel zu wenig um die IT-Sicherheit. In einer Branchen-Umfrage hatte gerade die Hälfte der etwa 2.000 Unternehmen bestätigt, regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen zu machen, erklärte der Geschäftsführer des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI). 54 Prozent hatten angegeben, keine Risikoanalysen durchzuführen, „noch nicht einmal in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen“. Er appellierte an die Adresse der Politik, die „Europäische Union zu einem Vertrauensraum für Cybersicherheit und Datenschutz“ zu machen. Diesen Punkten werden dem Verbandsvertreter zufolge auf der politischen Agenda zu wenig Beachtung geschenkt. Für die schnelle Hilfe bei digitalen Angriffen schlug er die Telefonnummer „111 Notruf Cybercrime“ vor. Diese Ziffernkombination sei neben der 110, 112 und 115 noch frei und könne als „klare Anlaufstelle für Cybercrime“ dienen. Der ZVEI sei im vergangenen Herbst selbst Opfer eines digitalen Erpressungsversuchs geworden, erläuterte Mittelbach den Vorstoß. Daraufhin habe man sich an drei Ansprechpartner gewendet: das zuständige Landeskriminalamt, die lokale Polizei und die Allianz für Cyber-Sicherheit.

## Perfektes Biotop der Anonymität

Wie allseits bekannte Onlinehändler böten Unternehmen der sogenannten Underground Economy allerlei Waren und Produkte an, damit selbst Cybercrime-Anfänger auf einen erfolgreichen digitalen Raubzug gehen könnten, betonte Markus Koths, Cybercrime-Experte des BKA. Nach dem Motto „Cybercrime as a service“ beackerten kriminelle Dienstleister einen sichtlich florierenden Markt und lockten mit neuesten Angeboten beispielsweise in den Produktgruppen Botnetz, DDOS-Attacke oder Mal- und Ransomware. Teilweise finde sogar ein technischer Support durch die Anbieter statt, sagte er. Also ganz so, wie es sich der Kunde auf der hellen Seite des Internets wünscht, wenn es mal wieder hakt. Koths: „Der Crime-Kunde kann sogar testen lassen, wie die ins Auge gefasste Schadsoftware bei gängiger Security-Software abschneidet.“ Vieles von dem spiele sich im „Darknet“ ab. Das sei ein „perfektes Biotop der Anonymität“, führte er fort. Den bekanntesten Zugang zum nicht

öffentlichen Teil des Internets, das Tor-Netz, nutzen Koths zufolge pro Tag rund 2 Millionen Menschen, davon in Deutschland etwa 200.000. 50 der genannten Marktplätze habe die Polizei im Blick, 20 davon wären relevant für die hiesige Lage. Zu beobachten sei eine stärkere Spezialisierung der Anbieter, die durch arbeitsteiliges Vorgehen immer „hochwertigere kriminelle Gesamtprodukte“ herstellten.

**E**in Ende des Cybercrime-Trends sei nicht abzusehen, prognostizierte Koths. Das „Internet der Dinge“ wie smarte Kühlschränke oder Fernseher ermögliche Kriminellen beispielsweise, leichter Botnetze zu erstellen. Dabei werden durch einen Schadcode infizierte Computer über sogenannte Command & Control-Server (C&C-Server) ferngesteuert, ohne dass die PC-Besitzer davon etwas mitbekommen. Auch mobile Endgeräte wie Smartphones oder Tablets gerieten mehr und mehr in den Fokus der Cybergangster. Hier hätten die Kriminellen vor allem die persönlichen Daten und sensiblen Anwendungen der Nutzer im Blick. Begünstigt werde dies durch die seit Jahren steigende Nutzung solcher Geräte und die Tatsache, dass solche Geräte oft rund um die Uhr online, also mit dem Internet sind.

## Digitaler Drogenhandel

Vor dem Hintergrund einer Verlagerung des Drogenhandels in schwer zu durchsuchende Bereiche des Internets, müsse die Polizei qualifizierten IT-Spezialisten einen attraktiven Arbeitsplatz bei der Polizei anbieten können, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, anlässlich des Jahresberichts 2016 zur Rauschgiftkriminalität. „Konsumenten müssen sich heute nicht mehr unbedingt in irgendwelchen dunklen Ecken mit ihren Dea-



ler treffen. Drogen können auch auf versteckten, virtuellen Marktplätzen im sogenannten Darknet gekauft und mit kaum nachzuverfolgender Kryptowährung bezahlt werden“, sagte er in einer Presseerklärung.

## Cybercrime auch im Blick der GdP-Fachzeitschrift „Die Kriminalpolizei“

Die Nachricht an die Täter müsse lauten: „Es gibt auch dort keine rechtsfreien Räume“. Mit deutlichen Worten formuliert Dr. Sabine Vogt, Leiterin der BKA-Abteilung Schwere und Organisierte Kriminalität, die klare Stoßrichtung der Ermittlungsbehörden im Kampf gegen die Cyberkriminalität. Unter dem Titel „Das Darknet – Rauschgift, Waffen, Falschgeld, Ausweise – das digitale „Kaufhaus“ der Kriminellen?“ erläutert die Kriminalbeamtin die aktuelle Lage zu diesem Deliktphänomen und geht insbesondere auf die Schattenwelt des weltweiten Netzes ein.

„Die Kriminalpolizei“ erscheint vier Mal im Jahr. Die Ausgabe des zweiten Quartals ist ab Mitte Juni erhältlich.



# Bedingungen und Auswirkungen von No-go-Areas in Deutschland

Von Hans-Martin Braun

**Polizeibeamtinnen und -beamte sind in ihrer Dienstausbübung vor Verletzungen kaum gefeit – das steht außer Frage und ist – leider – eine der vielen Facetten dieses herausfordernden Berufs. Was aber ist, wenn Polizistinnen und Polizisten in ihrem normalen Regeldienst nur noch unter hohem Risiko bestimmte Gebiete bestreifen oder diese nur noch mit einer schnellen Durchfahrt durchquert werden können, ohne in Gefahr zu geraten? Sogenannte No-go-Areas (NGA) sind in Deutschland zum Politikum geworden: Während sie einerseits negiert werden, zeichnen Medienberichte von regelrechten Massenübergriffen gegen Polizeieinsatzkräfte ein anderes Bild. Für die Polizei im Streifendienst sind sie schlichte Realität. Wie entstehen diese NGA, und welche Wirkungen entfalten sie?**

Den Allermeisten dürfte der seit gut zehn Jahren im Sprachgebrauch befindliche Begriff der No-go-Areas wohl ein Begriff sein. In der Öffentlichkeit wird unterdessen darüber sehr differenziert diskutiert. Der bisherige Innenminister Nordrhein-Westfalens (NRW), Ralf Jäger, erklärte unlängst, dass solche Bereiche in Deutschland nicht existierten und der Begriff Panikmache sei. Unterstützung fand er bei dem Essener Polizeipräsidenten Frank Richter. Demnach seien zwar „Angsträume“ existent, doch diese würden durchaus durch die Polizei aufgesucht. Demgegenüber stehen die Aussagen einzelner Politiker, nach denen man die Augen nicht verschließen dürfe, und dass es sich um Bereiche handle, die durch das Gros der Bevölkerung und der Polizei gar nicht mehr betreten würden.

## Nicht nur in NRW

No-go-Areas seien im Übrigen kein alleiniges NRW-Phänomen. Solche immer wieder medial präsenten Orte sind demnach neben Duisburg-Marxloh, Essen-Altenessen oder der Dortmunder Nordstadt auch Teile von Neukölln und Wedding in Berlin oder Stadtteile Hamburgs. Womöglich ist ein Vorfall in der nordrhein-westfälischen Stadt Düren aus dem vergangenen November noch gegenwärtig, wo zehn Beamte durch mehrere Männer verletzt wurden und im Krankenhaus behandelt werden mussten. Dies alles „nur“ auf Grund eines Verwarngeldes wegen Falsch-

parkens.

Auf diese gewaltsamen Übergriffe auf Polizisten ernten Polizistinnen und Polizisten im normalen Regeldienst zudem noch hämische Antworten wie, dass dieses noch viel zu selten geschehe oder ähnliches. Zunehmend dann, wenn solche Themen in der öffentlichen Debatte wieder aufgeflammt sind oder Einsätze bei Demonstrationen im linken oder rechten Milieu gefahren werden.

Allein 2015 hat es in Nordrhein-Westfalen Übergriffe auf 14.000 Vollzugsbeamte gegeben. Das könnte man schon ein Problem nennen, vor allem wenn man die Meinung teilt, dass jeder einzelne Angriff auf einen Polizisten oder einen BOS-Angehörigen (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) einer zu viel ist. Die Politik hat auf den Gewalt-gegen-Polizei-Trend reagiert und dabei eine langjährige Forderung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) aufgegriffen. Davon zeugt der von Bundesjustizminister Heiko Maas auf den Weg gebrachte Schutzparagraf.

## Wie entstehen No-go-Areas?

Diese sind quasi der wörtliche Ausdruck für das persönliche Bestreben, eine bestimmte Gegend als Privatperson zu meiden und auch andere davor zu warnen, sie zu betreten. Exekutiv-Behörden, wie die Polizei eine ist, nutzen dort die Möglichkeit verstärkter Kräfte. Unter welchen Bedingungen

sich eine No-go-Area entwickelt, ist unter Experten bei der Polizei, Politologen und Politikern noch umstritten.

Eine der nachvollziehbaren Bedingungen geht mit dem Phänomen der Gentrifizierung einher. Dabei handelt es sich vornehmlich um die Umgestaltung eines Stadtteiles zum „Wohle“ der Bevölkerung und zum oft finanziellen Nachteil der Anwohner. Durch Sanierungen soll die Außendarstellung der Stadt verbessert und durch das Abschaffen wenig ansehnlicher Altbauten die Attraktivität des Viertels für neue Mieter gesteigert werden. Bei diesem Prozess wird exemplarisch einem Mieter durch den Vermieter gekündigt oder der Zeitmietvertrag nicht verlängert, um die Wohnung an Immobilienfirmen teurer zu verkaufen. Diese wiederum werden die Gebäude und Wohnungen sanieren und mit höheren Mieten an den Markt bringen oder mit Gewinn erneut verkaufen. Somit werden bestimmte, womöglich unerwünschte Bevölkerungsgruppen ohne Chance der Mitbestimmung vor Tatsachen gestellt. Nicht überraschend ist, dass derlei „Methoden moderner Umsiedlung“ häufig von starken Protesten oder teils gewaltsamen Hausbesetzungen begleitet werden. In diesem Zusammenhang tauchen oft die „Rote Flora“ im Hamburger Schanzenviertel oder der Berliner Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain auf. Innerhalb des Schanzenviertels wird schon seit Langem versucht, die nicht erwünschten, also vor allem weniger finanzstarken Bevölkerungsgruppen aus dem Stadtgebiet zu vertreiben, um für die Stadt Hamburg Investoren und Bauherren zu werben. Wohnraum ist rar, teuer und von daher sehr begehrt. Insbesondere in den Ballungsgebieten.

## Hohes Risiko

Solche Versuche der Umsiedlung scheiterten zumindest in dem Hamburger Stadtteil vermehrt, und der Widerstand äußert sich jedes Jahr nach dem „berühmten“ Schanzenfest aufs





Neue. Die Bestreifung des Stadtteils ist für die Exekutive stets mit hohem Risiko von Gewaltdelikten oder Widerständen behaftet, da Polizistinnen und Polizisten dort immer wieder körperlich angegangen werden. So musste bei der Durchsetzung des Hausrechts durch den neuen Immobilieneigner des Schanzenhofes die Landespolizei anrücken, um jenen so weit zu schützen, dass er in seine eigenen Räume gelangen konnte. Schnell mobilisierte sich eine Gruppe vermeintlich Autonome, um die polizeiliche Maßnahme zu stören.

**F**ruchtbare Bedingungen für das Entstehen von No-go-Areas bestehen auch in der „Mittelstandsfucht“ und dem damit einhergehenden „Ethnic-Business“. Die Mittelstandsfucht setzte mit der immer weiter um sich greifenden „Ghettoisierung“ und Vernachlässigung von Stadtteilen sowie einer dort anzutreffenden hohen Arbeitslosigkeit ein. Dabei wird dem Stadtteil durch den Weggang der Mittelstandsunternehmen und Gewerben das Kapital entzogen, da sich die Läden – auch bedingt durch Gentrifizierung in Kombination mit hoher Arbeitslosigkeit – nicht mehr halten können. Woher soll auch das Geld kommen, wenn die Mehrheit der Bevölkerung über ein kleines oder gar kein Einkommen verfügt?

### Dem Kreislauf des „Arbeitslosseins“ entkommen

Höhere Ausgaben stehen immer geringeren Einnahmen der Geschäftsinhaber entgegen. In Duisburg-Marxloh, Berlin-Neukölln oder im Essener Norden stagnieren die Arbeitslosenquoten schon seit Jahren auf vergleichsweise hohem Niveau. Demgegenüber steht jedoch der Aufbau eigener Existenzen durch Geschäftseröffnungen, um dem Kreislauf des „Arbeitslosseins“ zu entkommen. Das oftmals der Druck der Familie dahintersteckt, um anderen Familienmitgliedern die Möglichkeit einer Anstellung zu bieten, ist auch auf patriarchalische Familienstrukturen zurückzuführen. Dabei fungiert das männliche und älteste Familienmitglied innerhalb des Familienverbandes als Oberhaupt und ist derjenige, auf den alle hören. Ihm folgen alle männlichen Nachkommen bis hinunter zum Alter von 14 Jahren. Die jüngeren Nachkommen sind den weiblichen Familienan-



*DP-Autor Hans-Martin Braun hat 2007 seine Ausbildung bei der Bundespolizei begonnen und leistet seinen Dienst heute in der Bundespolizeiinspektion Hannover am Hauptbahnhof. Der stellvertretende Gruppenleiter beschäftigte sich in seiner Diplomarbeit mit der „Analyse der Struktur und Funktionsweise der islamischen Parallelgesellschaft in Deutschland und deren Bedeutung für Radikalisierungsprozesse“. Foto: privat*

gehörigen gleichgesetzt, dürfen diesen aber wiederum Verhaltensmuster vorschreiben. Da die Familien es seit Generationen gewohnt sind, sich innerhalb der eigenen Familie im In- wie auch Ausland komplett zu unterstützen, werden neben dem Empfangen von Sozialleistungen Arbeitsbedingungen geschaffen, die wiederum einen Anreiz bieten, weitere Angehörige aus dem Ausland zu holen. Aufgrund dieses Prinzips kommt es zu einem sogenannten Ethnic-Business, weil Geschäftsinhaber und Angestellte derselben Ethnie angehören und sogar größtenteils aus einer Familie stammen.

**D**ieses Phänomen wurde nach Beginn der Anwerbeverträge und des damit einhergehenden Familiennachzuges in den 1960er-Jahren vermehrt feststellbar. Als die Arbeit getan war, der Staat seinen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte und dieser so weit fortschritt, bis die Verträge ausliefen, wurde deutlich, dass die Integration der Arbeiter und deren Familienmitglieder unter den Tisch gefallen war. Keinerlei staatlichen Integrationshilfen waren angeboten worden. Integrations- oder Sprachkurse wie sie das deutsche Aufenthaltsgesetz heute vorschreibt, gab es damals nicht.

Das Geschäftsmodell des „Ethnic-Business“ und ein sich damit verschär-

fendes Integrationsproblem werden indes weiter forciert, wenn man den letzten Ausrufen zur Familienplanung des türkischen Staatspräsidenten Erdogan folgt, der den Einfluss hier lebender Türkinnen und Türken zu vergrößern und Deutschland explizit zu schwächen. Die sich verfestigende Bildung von Parallelstrukturen sowie die Ausweitung von Clanstrukturen stellt den Rechtsstaat vor große Herausforderungen (siehe DEUTSCHE POLIZEI 10/13)

### Wissenschaftliche Erklärungsversuche

Wie No-go-Areas entstehen können, legt ein Blick auf die 1980 in den USA entwickelte „Broken-Windows-Theorie“ nahe. Kurzgefasst besagt diese, dass dem Beginn der Verwahrlosung eines Gebietes sofort Inhalt geboten werden müsse, da sonst ein weiterer Verfall dieses Gebietes eine quasi zwangsläufige Konsequenz wäre. Das führe mitunter auch zu einer Absenkung der Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt und einer zunehmenden Nichtakzeptanz des Rechtsstaates.

Um diesen Verfall letzten Endes zu erreichen, müssten den amerikanischen Sozialforscher James Q. Wilson und George L. Kelling zufolge sechs wesentliche Punkte vorliegen:

1. Der sichtbar physische Verfall der Umgebung,
2. das Auftreten fremder und ungebetener Personen mit einem unerwünschten Verhalten und
3. Furcht der Bürger vor Kriminalität, insbesondere Gewaltkriminalität. Physischer Verfall lockt ungebetene Personen an, für die die Zeichen des Verfalls signalisieren, dass eine Kontrolle ihres Verhaltens in dieser Gegend nicht stattfindet oder zumindest eingeschränkt ist. Das Auftreten der Personen bewirkt Furcht bei den Bürgern.
4. Dies verursacht den Rückzug der Bürger und eine tatsächliche Verminderung der Kontrolle.
5. Die reduzierte Kontrolle erleichtert das Begehen von Straftaten.
6. Zudem erhöht der Anstieg der Kriminalität die Verbrechensfurcht und führt zu einem weiteren Rückzug der „anständigen“ Bürger. Die Bevölkerungsstruktur einer bestimmten Gegend wird dadurch weiter zu Ungunsten einer sozial stabilen Nachbarschaft verändert. >



### Verhalten dem Umfeld angepasst

Wissenschaftliche Studien belegen, dass Menschen sich in ihrem Verhalten dem Umfeld anpassen. Ändert sich dieses erneut, wirkt sich das entsprechend aus.

Unerwünscht gefördert werden wirkende Umfeldler, wenn das Personal des Sicherheitsapparats, im Besonderen bei der Polizei, über Jahre abgebaut wurde. Ist es etwa von der Hand zu weisen, dass die Polizei mit immer weniger Personal immer mehr Aufgaben zu bewältigen hat. Wie sonst erklärt man einem Bürger, dass heutzutage auch online eine Anzeige gestellt werden kann? Plausible Erklärungen darin zu finden, dass die Polizei bürgernäher oder moderner wirken möchte, sind da etwas zu kurz gedacht. Nein, das sind Folgen des Stellenabbaus und erscheint als Versuch, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung auf einem erträglichen Level zu halten. Es bedurfte letztlich schwerer staatsgefährdender Straftaten und einer massiven Massenmigration, um die Politik zum Einlenken zu veranlassen. Derzeit befinden sich die Regierungen offenbar auf einem Wege des Umdenkens und wollen mehr Polizisten einstellen.

Die hierzulande als No-go-Areas bezeichneten Orte weisen die aus der Broken-Windows-Theorie bekannten Problematiken auf. Eine unbeachtet über die Jahre fortschreitende „Ghettoisierung“ war der Nährboden für die Mittelstandsflucht und der Anstoß für die Bildung von Subkulturen.

### Clanstrukturen werden zu Machtgebilden

Es ist kein Geheimnis, dass sich Parallelstrukturen neben dem deutschen Strafrecht und der deutschen Kultur etabliert haben. In den vor allem von Migranten bewohnten Vierteln suchen und finden letztlich die Menschen ein Stück Heimat – eben in ihrer eigenen Community. Es wird dieselbe Sprache gesprochen, das gleiche Essen verkostet, die gleichen Werte geteilt – zumindest in dieser Gruppe fühlen sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer vollkommen akzeptiert. Da Integration in Deutschland keineswegs reibungslos verläuft, ist die Community eine Insel.

Wenn sich der Berliner Senat mit dem Gebiet des Scharia-Rechts und der Auswirkung von Friedensrichtern aus Parallelgesellschaften befasst, wird es doch sehr deutlich, dass NGAs existieren oder man zumindest nicht weit entfernt davon ist. Parallelgesellschaften gehen oft einher mit der Bildung von Clanstrukturen. Clans bilden sich meist dort, wo der Rückzugsort am sichersten ist und der eigene Einfluss auf die nahe Umgebung am größten ist. In den Städten Berlin, Essen, Dortmund, Gelsenkirchen und Bremen sind einige solcher Großfamilien zu Hause und selbstbewusst genug, der Polizei „verlockende“ Angebote zu machen: So wurde der Gelsenkirchener Polizei von einem libanesischen Clan überhaupt vorgeschlagen, auf Grund des offensichtlichen Kräftenmangels der Behörde selbst für die Sicherheit der Bevölkerung auf den Straßen sorgen zu wollen. Im Gegenzug sollte der Clan „in Ruhe“ gelassen werden.

Selbstverständlich kann ein solches Angebot keine Option für den Rechtsstaat und die Polizei sein. Klar ist aber auch, dass Clans offenbar zunehmend versuchen, die Macht über Orte oder Stadtviertel zu erlangen, um diese in zwar nicht regelfreie, zumindest aber rechtsstaatsfreie Räume zu überführen.

Aber selbst wenn die Polizei in der Lage ist, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, sinkt in Räumen mit Clan- und Parallelstrukturen dennoch die Gewaltschwelle. Feststellbar ist, dass in Problemvierteln der Anteil der Straftaten gegenüber Polizeivollzugsbeamten höher ausfällt als anderswo. Signifikant ist, dass Aussagen von Tätern oder Opfern dort oft durch unredliche Absprachen und Blutgeld oder Beilegung durch Streitschlichter so verdreht werden, dass ein Schuldspruch durch die Justiz einfach nicht möglich ist. Ein solches Signal kann eine Spirale der Gewalt in Gang setzen sowie gleichzeitig die Hemmschwelle der Gewalt deutlich senken. Wie ist sonst erklärbar, dass bei einer Routinekontrolle sich unmittelbar eine so große Personengruppe um die Einsatzkräfte schart und die Kollegen derartig bedrängt, dass Verstärkung angefordert werden muss?

Keineswegs unvorstellbar ist es, dass Menschen, die solches Verhalten nahezu tagtäglich erleben, sich



**Sich abschottende Stadtteile thematisierte DP bereits im Oktober 2013.**

gegenüber der Gewaltspirale machtlos fühlen. Wer auffällt, dem könnten ja Repressalien drohen. Auch dagegen muss die Polizei engagiert ankämpfen. Und es ist eine herausfordernde Aufgabe

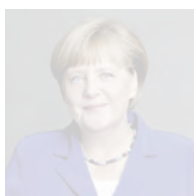
### Den Anfängen wehren

Fährt die Polizei konsequent mit mehr Kolleginnen und Kollegen in Problemviertel und unterstützt gleichermaßen die Feuerwehr oder Rettungsdienste erscheinen positive Effekte möglich. Sollte es trotzdem noch zu aggressivem Verhalten gegenüber den öffentlichen Vertretern kommen, muss der Rechtsstaat schnell reagieren. So sollten richterliche Vernehmungen gleich auf Zeugenvernehmungen folgen, um Beweis- und Verfahrenssicherheit herzustellen.

Von großer Bedeutung ist es aber, dass No-go-Areas, auch wenn der Begriff umstritten ist, als Problem politisch offiziell werden. Ein Laissez-faire der Politik hätte zur Folge, dass organisierte Kriminelle das Zepter noch fester in den Hand nähmen und sich die vorhandenen Parallelstrukturen in den Gebieten weiter verfestigten. Die Folge wäre eine fortschreitende soziale Abkapselung bestimmter Bevölkerungsschichten, die jedoch noch sichtbar würde. In gesellschaftlichem Interesse kann das nicht sein, denn auch die Schwelle zur Radikalisierung würde herabgesetzt.







## „Innere Sicherheit ist für mich immer auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit“

Im DP-Interview: SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz

**Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist mit über 180.000 Mitgliedern die weitaus größte Arbeitnehmervertretung für Polizeibeschäftigte Deutschlands. Ihre Fach- und Mitgliederzeitschrift „DEUTSCHE POLIZEI“ (DP) erscheint mittlerweile im 66. Jahr und wird in einer Auflage von rund 182.000 Exemplaren an Mitglieder und Interessierte in Politik, Presse und Wissenschaft monatlich verteilt.**

**Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl im September hat die DP-Redaktion die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien gebeten, Fragen zur Sicherheitspolitik sowie zur Inneren Sicherheit hierzulande zu beantworten. Als erster Interviewpartner steht SPD-Herausforderer Martin Schulz Rede und Antwort.**

**DEUTSCHE POLIZEI (DP): Sind Sie schon mal mit der Polizei in Konflikt geraten?**

**Martin Schulz:** (lacht) Ja, mein Vater war Polizeibeamter. Er war im mittleren Dienst und das, was man früher Dorfpolizist nannte. Mein Vater hat seinen Beruf sehr ernst genommen. Und ich habe sehr früh gelernt, was für eine unglaublich wichtige Aufgabe Polizistinnen und Polizisten erfüllen. Sie sorgen eben nicht nur für Sicherheit, sondern auch für Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

**DP: Seit Jahren wird viel über die fehlende Präsenz der Polizei im Straßenbild**

**diskutiert. Wie kann die Politik auf das subjektive Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung wirkungsvoll reagieren?**

**Schulz:** Mir kommt es auf die zwei Kernpunkte an. Sicherheit bekommen wir nicht dadurch, dass man nur auf gute Statistiken verweist. Ohne Frage stehen wir in Deutschland gut da. Wir sind weiterhin eines der sichersten Länder der Welt. Daran wird die tolle Arbeit unserer Polizei sichtbar. Auch mit einer beeindruckenden Aufklärungsquote. Das ist die eine Seite.

Ob sich Frauen, Männer und Kinder bei uns aber auch sicher fühlen, darüber sagen die Zahlen nichts aus. Darauf kommt es aber letztlich an. Wenn mir eine Frau sagt, dass sie sich abends nicht mehr traut, in bestimmte Gegenden zu gehen, weil sie Angst hat wegen mangelnder Beleuchtung in der Unterführung auf dem Weg von der S-Bahn, und sie von Leuten im Park angemacht wird, dann haben wir ein Sicherheitsproblem. Das reicht mir schon. Da muss nicht erst etwas aktenkundig werden. Wer Angst hat, kann nicht frei leben. Das darf nicht sein. Hier müssen alle an einem Strang ziehen: die Verantwortlichen in den Kommunen, den Ordnungsämtern, den Verkehrsbetrieben. Aber eben besonders die Polizei. In keine andere Berufsgruppe haben die Menschen mehr Vertrauen. Mir ist sehr wichtig, dass wir diesen Trumpf auch wirklich ausspielen: mit einer bürgernahen, sichtbaren und präsenten Polizei, die gut ausgebildet, anständig bezahlt und vernünftig ausgestattet ist und der man mit Respekt und Anstand begegnet.

Ich weiß, dass man dafür eine angemessene Personalstärke braucht.

Deshalb möchte ich auch, dass der gefährliche Trend hin zum Stellenabbau endgültig gestoppt wird und wieder mehr Kolleginnen und Kollegen eingestellt werden. Da haben wir den Bundesinnenminister regelrecht antreiben müssen. Es war eine groteske Situation, dass Sigmar Gabriel die Initiative starten musste, bei der Bundespolizei den CDU/CSU-Rekordtiefstand beim Personal zu korrigieren. Zudem müssen wir schauen, wo wir die Kolleginnen und Kollegen entlasten können, die keine eigentliche Polizeiarbeit leisten, etwa die personalintensive Begleitung von Schwerlasttransporten. Wenn ich an die Arbeit meines Vaters denke, so würde ich mir wünschen, dass wir wieder mehr Polizei nah bei den Bürgerinnen und Bürgern haben, die ihre Leute kennen und ihr Dorf oder ihren Kiez.

**DP: Warum wurde dem Thema Innere Sicherheit jahrelang in politischen Programmen so wenig Bedeutung beigemessen?**

**Schulz:** Für mich galt das jedenfalls nie. Denn Innere Sicherheit ist für mich immer auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Ich habe das in vielen Ländern der Welt gesehen: Nur reiche Menschen können sich einen schwachen Staat leisten. Vor allem lassen sich Fragen der Inneren Sicherheit eben nicht ausschließlich mit Forderungen nach Verschärfung repressiver Gesetze beantworten. Da blasen ja die üblichen Verdächtigen von der Union immer wieder die Backen auf. Aber die Kolleginnen und Kollegen der GdP werden wissen, dass das eine vergleichsweise billige Angelegenheit ist. Die tatsächliche Sicherheitslage zu verbessern, das sind dickere Bretter.

INTERVIEW



Mir sagte vor einiger Zeit einer von der GdP: „Schulz, sorg dafür, dass die Leute einen sicheren Job haben, sorg dafür, dass ihre Kinder in ordentliche Schulen gehen und was Ordentliches lernen. Dann sind wir deutlich weiter, als mit dem Gezeter in der Sicherheitsdebatte.“ Recht hat er. Sicherheit fängt für mich deshalb nicht beim Strafgesetzbuch an. Damit kommen wir immer zu spät. Eine gute Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Schulpolitik, Integrationspolitik, Kommunalpolitik – das alles hat für mich etwas mit Innerer Sicherheit zu tun.

**DP: Nach den Ereignissen in der Kölner Silvesternacht 2015/2016 übertreffen sich nicht nur Innenpolitiker darin, Personalaufstockungen für die nächsten Jahre bei der Polizei anzukündigen. Wie würden Sie als Bundeskanzler vor allem auf die Länder nachhaltigen Einfluss nehmen? Nach Erhebungen der GdP wird 2021 noch immer viel zu wenig Polizei auf den Straßen sein... und betrachtet man die Ausbildungszeiten bei der Polizei und die Wettbewerbssituation, sieht es nicht so aus, also ob sich daran bald etwas ändert...**

**Schulz:** Die SPD sorgt sich nicht erst seit den Ereignissen in der Kölner Silvesternacht um die Personalstärke unserer Polizeien. Ich habe es eingangs gesagt. Es war grotesk, dass wir für die Aufstockung von 3.000 Stellen bei der Bundespolizei sorgen mussten. Der zuständige Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat mit seinen Unions-Kollegen die Kolleginnen und Kollegen nicht nur von einer Polizeireform zur nächsten gehetzt. CDU und CSU haben auch den Rekordtiefstand bei der Personalstärke der Bundespolizei zu verantworten. Manchmal glaube ich nicht richtig zu hören, wenn sie mit uns in die politische Auseinandersetzung gehen. Redlich ist das nicht. Wir fordern insgesamt 15.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern. Das habe ich auch kürzlich im Gespräch mit Oliver Malchow noch mal gesagt. Ich bin froh, dass der Abbau-trend der vergangenen Jahre gestoppt ist. Die Hinweise der GdP sind ja richtig. Damit haben wir begonnen, die Frage anzugehen. Aber, wie wir mit den neuen Lücken durch anstehende Pensionierungen umgehen, ist damit noch nicht vollständig beantwortet. Unabhängig von der offensichtlichen Notwendigkeit, mehr Beamtinnen und Beamten in den Polizeidienst zu bekommen, sehe ich aber einen Schwer-

punkt auch bei der Entlastung von sonstigen Aufgaben, die beispielsweise durch Tarifbeschäftigte übernommen werden könnten.

**DP: Angesichts der bundesweit deutlich gestiegenen Fälle von Gewaltkriminalität steht zu befürchten, dass die subjektive Angst vor allem vieler älterer Bürger, die im öffentlichen Raum unterwegs sind, weiter zunehmen wird...**

**Schulz:** Die neuen Zahlen in der PKS sind hochgradig besorgniserregend. Ich nehme das sehr ernst, weil wir eine Verrohung der Gesellschaft auf keinen Fall zulassen dürfen. Erschreckt hat mich die zunehmende Gewalt bei Jugendlichen. Hier muss konsequent mit den bestehenden Instrumenten daran gearbeitet werden, dass die Jungen und Mädchen verstehen, dass sie was Entscheidendes falsch gemacht haben. Wenn zwischen Tat und Gerichtsver-

Hier ist es aber auch so, dass man zukünftig sicher einiges besser machen kann. In den Bereichen der organisierten Kriminalität, der Bandenkriminalität, aber auch bei der Terrorabwehr dürfen uns keine Fehler passieren. Darum haben wir auch dafür gesorgt, die Zentralstellenfunktion des Bundeskriminalamtes zu stärken. Auch die wichtige Arbeit des Zolls darf an dieser Stelle nicht vergessen werden. Größere Sorgen habe ich in puncto Zusammenarbeit allerdings, wenn ich nach Europa schaue. Man muss sich die Frage stellen, ob wir auf dieser Ebene die Zusammenarbeit haben, die der aktuellen Bedrohungslage entspricht.

**DP: Die Angriffe auf Polizisten nehmen seit Jahren zu. Wo sehen Sie die Ursachen hierfür, und was muss sich in der Gesellschaft ändern?**

**Schulz:** Ich habe bereits von Verro-

“ **Wer Angst hat, kann nicht frei leben.** ”

handlung wieder ein Jahr vergeht und am Ende nichts dabei raus kommt, dann ist das empörend für die Opfer. Der Staat hat hier auch seinen Erziehungsauftrag verfehlt. Strafe muss auf dem Fuße folgen. Die Frage, die ich mir stelle, ist, warum steigt die Gewalt? Da stochern wir doch eigentlich im Nebel. Die PKS sagt uns so was nicht. Ich erinnere mich noch daran, dass Otto Schily den periodischen Sicherheitsbericht eingeführt hat. Das war eine tolle Sache, weil hier viele Berichte zusammengebracht wurden. Damit konnte man arbeiten. Leider gibt es den nicht mehr, seitdem CDU und CSU den Innenminister stellen. Für mich unbegreiflich. Was mir zudem wichtig ist, ist Prävention. Auch hier mussten wir die Schwarzen zum Jagen tragen – mit dem Präventionsgesetz und dem Bundesprogramm „Demokratie Leben!“.

**DP: Müssen für kurzfristige Lösungen Bund und Länder nicht viel enger zusammenarbeiten – trotz föderaler Strukturen?**

**Schulz:** Bund und Länder arbeiten zusammen. Dies sieht man zum Beispiel beim Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum, welches meiner Ansicht nach der richtige Ansatz ist. Otto Schily hat uns an dieser Stelle gezeigt, wie Zusammenarbeit auch in föderaler Struktur funktionieren kann.

hung gesprochen. Da müssen wir konsequent gegenhalten. Wer das mit der bürgernahen Polizei nicht versteht, der soll die Härte des Rechtsstaates spüren. Ein Angriff auf eine Polizeibeamtin oder einen Polizeibeamten ist ein Angriff auf diese Gesellschaft. Deshalb war es dringend an der Zeit, dass wir mit dem Gesetz von Heiko Maas eine lange Forderung der GdP umgesetzt haben: Null Toleranz bei Angriffen auf Polizisten und Rettungskräften. Es fehlt vielen offenbar jegliche Empathie, bei dem, was sie da machen. Deshalb finde ich die Aktion der Jungen Gruppe der GdP so großartig. Unter dem Vollschutz steckt ein Familienvater, eine junge Frau – ein Mensch. Es ist erschreckend, aber offenbar muss man einige daran erinnern. Empathie und Respekt brauchen wir, damit das mit der bürgernahen Polizei funktioniert. Im Übrigen eine Erfindung des preußischen Innenministers Grzesinski – ein Sozialdemokrat, der später vor den Nazis fliehen musste.

**DP: Viele Polizistinnen und Polizisten beklagen seit Jahren Ausstattungsmängel. Warum reicht es oft nicht, wenn der Bund eine Vorreiterrolle für „seine“ Staatsdiener spielt?**

**Schulz:** Wer an dieser Stelle spart – egal ob im Bund oder in den Ländern, der muss sich fragen lassen, wie er es mit seiner Fürsorgeverantwortung





tung für die Beamtinnen und Beamten hält. Eine gut ausgestattete Polizei ist kein Punkt, an dem man diskutieren müsste. Das sind wir den Kolleginnen und Kollegen schuldig, die im Fall der Fälle den Kopf hinhalten müssen. Es hat an dieser Stelle auch ein deutliches Umdenken in den Ländern gegeben. Dabei geht es natürlich an erster Stelle um die Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten. Es kann aber auch nicht sein, dass Schutzwesten privat gekauft werden müssen, um zu verhindern, dass man im Sommer die durchgeschwitzte Schutzweste des Kollegen der Vorgängerschicht übernehmen muss. Auch das hat etwas mit Respekt zu tun.

**DP: Wie wollen Sie vermeiden, dass für polizeiliche Ermittlungskräfte wichtige Instrumente nicht in die Mühlen der Parteipolitik geraten und dort im-**

Rechte unserer Bürger. Mir ist dabei durchaus klar, dass in den wesentlichen Bereichen diesem Kriterium mit dem Richtervorbehalt genüge getan wird. Trotzdem ist die politische Debatte beispielsweise um Quellen-telekommunikationsüberwachung oder Vorratsdatenspeicherung wichtig und richtig. Diese Debatte macht den Kern unserer Demokratie aus und sollte auch geführt werden. Das Ergebnis dieser Debatten sind in sehr vielen Fällen Kompromisse. Und das ist ebenfalls Kern unserer parlamentarischen Demokratie. Dass als Ergebnis dieser Debatten und Kompromisse am Ende praxisuntaugliche Ermittlungsinstrumente entstehen, wie es Ihre Frage aufwirft, kann ich so nicht unterschreiben. Wie erwähnt, bewegt man sich bei diesen Debatten immer auf der Trennlinie zwischen möglichst effektiver Strafverfolgung und dem

kein Politiker, egal welcher Partei oder politischen Ebene, zufrieden sein kann. Schaut man sich entsprechende Umfragen an, so sieht man einerseits, dass das Vertrauen, welches der Polizei in Deutschland entgegengebracht wird, konstant auf einem sehr hohen Niveau ist, während es gegenüber Politikerinnen und Politikern abnimmt. Dafür lassen sich sicherlich sehr viele unterschiedliche Erklärungen finden. Unter anderem eine Entfernung des „Politikbetriebes“ von den wirklichen Problemen in der Bevölkerung und auch inhaltlichen Diskussionen um Themen, die am wahren Leben vorbei gehen.

Ich glaube, dass wir auch in der Politik den Begriff des Respekts zu lange unterschätzt haben. Jede Politikerin, jeder Politiker muss jeden einzelnen Menschen respektieren – unabhängig



SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz

Foto: Photothek

INTERVIEW

**mer mehr zur Praxisuntauglichkeit verschlimmbessert werden?**

**Schulz:** Ich denke, dass viele der von Ihnen angeführten Instrumente polizeilicher Ermittlung für die Polizeiarbeit sehr wesentlich sind. Trotzdem sollte man eines nicht vergessen: Viele dieser Instrumente arbeiten im grundgesetzlich geschützten Teil der

Schutz der Rechte der Bürgerinnen und Bürger.

**DP: Politikern wird, wenn man Umfragen Glauben schenken darf, nicht viel Vertrauen geschenkt. Wie wollen Sie dem begegnen?**

**Schulz:** Es gibt seit einigen Jahren tatsächlich eine Entwicklung, mit der

von Beruf, Herkunft oder Einkommen. Den Busfahrer genauso wie die Professorin, die Rettungssanitäterin genauso wie den Piloten. Ich versuche, diesen Respekt auch zu zeigen. Manchmal werde ich von einigen Kommentatoren dafür belächelt. Aber den Preis muss man dann auch zu zahlen bereit sein.



# Gravierende Verschiebungen in einzelnen Straftatengruppen

**Auf einer Bundespressekonferenz Ende April in Berlin verkündete Bundesinnenminister Thomas de Maizière im Beisein des amtierenden Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Sachsens Innenminister Markus Ulbig, wenig Erfreuliches. Die durch Zuwanderer verübte Kriminalität habe im vergangenen Jahr überproportional zugenommen, sagte de Maizière bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2016. Mit 6,37 Millionen Straftaten seien im vergangenen Jahr in Deutschland nur 0,7 Prozent mehr der Polizei zur Kenntnis gelangt, als 2015 – und das, obwohl die Bevölkerung in Deutschland ist auf 82,2 Millionen auf einen historischen Höchststand gestiegen ist, vor allem durch Zuwanderung.**

Die Mehrheit der Tatverdächtigen (75,5 Prozent) ist männlich und die Mehrheit wird nur mit einer Straftat im Jahr polizeilich erfasst (73 Prozent). Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an allen Tatverdächtigen beträgt etwa 30 Prozent; die Zahl ist 2016 auf 616.230 gestiegen (2015: 555.820). Davon sind 28,3 Prozent Zuwanderer, dies entspricht einem Anteil von 8,6 Prozent (2015: 5,7 Prozent) an allen Tatverdächtigen.

Signifikanter als der Kriminalitätszuwachs sind massive Veränderungen in einzelnen Straftatengruppen. Das Positive: Weniger Wohnungseinbrüche, weniger Ladendiebstähle, weniger Betrugsdelikte. Aber mehr Gewalt aller Art. Bei den Gewaltdelikten gebe es ein Prozent mehr Deutsche, so de Maizière „aber knapp 90 Prozent mehr zugewanderte Tatverdächtige“ im Jahr 2016. 80 Prozent der Zuwanderer, die Opfer einer Gewalttat wurden, seien Opfer der Gewalt eines anderen Zuwanderers geworden.

Mord, Totschlag und Tötung nahmen im Vergleich zu 2015 um 14,3 Prozent auf 2.418 Fälle zu. Die Zahl der angezeigten Vergewaltigungen stieg um 12,8 Prozent auf 7.919 Fälle an, Vergewaltigungen „überfallartig“ durch Gruppen um 54,1 Prozent auf 225 Fälle und Gruppenvergewaltigungen gar um 106,3 Prozent auf 524 Fälle. Gewalttaten stiegen um 6,7 Prozent auf 193.542, schwere Körperverletzungen um 9,9 Prozent auf 140.033 Fälle.

Dahingegen weisen viele Straftatengruppen zum Teil stark sinkende Tendenzen auf: Raub, Straßensriminalität, Diebstahlskriminalität, Betrug

und fast zehn Prozent weniger Wohnungseinbrüche.

616.230 nichtdeutsche Tatverdächtige zählt die Statistik insgesamt (um eine Vergleichbarkeit herzustellen sind ausländerrechtliche Verstöße herausgerechnet, da die von Deutschen nicht begangen werden können). Wurden 2015 noch 114.000 straffällige Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge und Geduldete registriert, waren es im Vorjahr 174.000.

Die Zahl der Straftäter unter Flüchtlingen und Zuwanderern sei höher als im Schnitt der Bevölkerung, so de Maizière. Er verwies darauf, dass es vor allem Täter aus einzelnen Staaten seien, die diese Zahl in die Höhe trieben. Neben den Balkan- und den früheren Sowjetunion-Staaten sind es vor allem Zuwanderer aus den nordafrikanischen Maghreb-Staaten. „Da gibt es nichts zu beschönigen“, sagte de Maizière. Algerier, Marokkaner und Tunesier fielen demnach durch überdurchschnittlich viele Straftaten auf. Sie seien im Verhältnis zu ihrer Anzahl deutlich krimineller als etwa Flüchtlinge aus Syrien oder dem Irak. IMK-Vorsitzender Ulbig betonte, dass einzelne Intensivtäter unter den Zugewanderten die Statistik verfälschten: „Es ist nicht hinnehmbar, dass eine kleine Anzahl von Zuwanderern das Bild über die Flüchtlinge in der Öffentlichkeit prägt. Und für Sachsen kann ich sagen: circa ein Prozent der Zuwanderer sind für fast 40 Prozent der Straftaten in diesem Bereich verantwortlich.“

Die Diskussionen, die die Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für 2016 ausgelöst haben, lassen an die Worte des ehemaligen

nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Schnoor erinnern, der die Polizei einmal als die „politischste aller Verwaltungen“ bezeichnet hat. Längst ist die PKS über ihre Bedeutung als Geschäftsbericht der Polizei hinausgewachsen, in der „bekannt gewordene rechtswidrige Straftaten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche, die Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen und eine Reihe weiterer Angaben zu Fällen, Opfern oder Tatverdächtigen“, wie das Bundeskriminalamt (BKA) dem alljährlichen Bericht vorausstellt, aufgelistet sind – also dem, womit die Polizei im vergangenen Jahr beschäftigt war. Gleichzeitig spiegelt die Statistik das Dilemma wider, in der sich die Autoren befinden: Je detaillierter sie die Entwicklung der registrierten Kriminalität ausleuchten, um sich nicht den Vorwurf einzuhandeln, etwas zu verheimlichen, umso weiter öffnen sich die Tore für Interpretationen aller Art, was die Detaillierung ja gerade verhindern soll.

Wenig Anlass zur Entwarnung gibt auch die Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität (PMK), die einen erneuten Höchststand erreicht hat. Der Bundesinnenminister sagte: „Das liegt insbesondere an der deutlichen Zunahme der politisch motivierten sogenannten Ausländerkriminalität um mehr als 60 Prozent. In diesem Bereich werden beispielsweise Straftaten im Namen von ausländischen extremistischen Organisationen wie dem sogenannten IS, der PKK oder der Tamil Tigers erfasst.“

Bei den Straftaten mit rechter Motivation wurden 2016 erneut die höchsten Fallzahlen seit Einrichtung des Meldedienstes vor 15 Jahren verzeichnet. Bei den politisch motivierten Gewalttaten sank die Zahl PMK-links um 24,2 Prozent, während sie im Bereich der PMK-rechts um 14,3 Prozent stieg. Damit liegen nun beide Lager mit jeweils rund 1.700 Gewalttaten gleichauf. Die politisch motivierte Ausländerkriminalität verzeichnet mit 73 Prozent den höchsten prozentualen Anstieg bei absoluten 345 (2015) auf 597 (2016) Fällen.

In 38 Fällen kam es im vergangenen Jahr zu versuchten und in drei Fällen zu vollendeten Tötungsdelikten, die insgesamt 14 Todesopfer erforderten. Davon entfielen zwölf Tote auf den Terroranschlag auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin am 19. Dezember 2016. **hol**





**SCHLIESS AB!  
SICHER IST SICHER**

**www.PolizeiDeinPartner.de**

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

**POLIZEI  
DEIN PARTNER**

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

**JETZT INFORMIEREN!**

Viele Informationen und Tipps  
hierzu auf dem **Präventionsportal**  
der Gewerkschaft der Polizei

**Guthabenverzinsung auf der GdP-VISA-Card 0,20 % p. a.\***



- **kostenfreies Internet-Konto DKB-Cash** mit der GdP-VISA-Card
- **weltweit kostenfrei Bargeld abheben an Geldautomaten** mit der GdP-VISA-Card

\*variabel, monatliche Zinsgutschrift, Zinssatz von 0,20 % p.a. (ab 09.03.2017) gilt für einen Betrag bis 100.000 €. Bei einem diesen Betrag übersteigenden Guthaben wird der Anteil über 100.000 € mit 0,00 % p.a. verzinst.

Genießen Sie ein Jahr lang alle Vorteile von DKB-Cash mit der GdP-VISA-Card, wie weltweit kostenlos bezahlen per Kreditkarte. Mit einem monatlichen Geldeingang von mindestens 700 Euro erhalten Sie dauerhaft alle Leistungen. Das Wichtigste aber: DKB-Cash mit der GdP-VISA-Card ist und bleibt kostenlos – für all unsere Kunden.

**Zu beantragen unter [www.gdp.de/kreditkarte](http://www.gdp.de/kreditkarte)**



### **DGB und GdP: Innere Sicherheit darf nicht Dauer-Baustelle bleiben**

**Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hat einen Beschluss mit dem Titel „Innere Sicherheit durch sozialen Frieden und einen handlungsfähigen Staat“ verabschiedet. Die Gewerkschaften fordern darin, dass die Grundlagen des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates durch entsprechende Investitionen ausgebaut und gesichert werden müssen.**

„Für die innere Sicherheit und für die soziale Sicherheit gilt: Nur reiche Menschen können sich einen schwachen Staat leisten“, betonte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. „Viele Menschen haben das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates verloren – dieses Vertrauen muss der Staat wiedergewinnen.“

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver

Malchow, machte deutlich, dass der Staat alles unternehmen müsse, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Dazu gehöre, so Hoffmann, dass die personellen und materiellen Mängel im Bereich der Polizei und weiterer Sicherheitsbehörden sowie in der Präventionsarbeit „schnellstmöglich behoben werden“.

In dem DGB-Beschluss wird ausdrücklich betont, dass das Gewaltmonopol des Staates vor allem durch die Polizei der Länder, der Bundespolizei, dem Zoll und den übrigen Ordnungskräften ausgeübt wird. Diese seien, so Malchow, in den vergangenen Jahren zum Teil drastisch reduziert worden. Angesichts vieler hinzugekommener personell aufwändiger Aufgaben und einem Berg von etwa 20 Millionen von Polizeivollzugsbeamten und -angestellten angehäuften Überstunden fordert der DGB die Einstellung von mindestens 20.000 zusätzlicher Polizeibeamtinnen und -beamten.

Malchow mahnte: „Es ist dringend notwendig, dass zunächst die tatsächliche Einsatzfähigkeit der Polizei in den einzelnen Polizeibehörden festgestellt wird. Dabei ist auch zu erfassen, dass viele Kolleginnen und Kollegen

nur eingeschränkt dienstfähig sind oder verkürzt arbeiten. Die schlichte Meldung von besetzten Dienstposten spiegelt die Einsatzfähigkeit der Polizei nicht wider.“ Die Polizei der Länder benötigt dem GdP-Chef zufolge vor allem eine deutliche Verstärkung im Bereich der Ermittlungsbeamtinnen und -beamte, um die notwendige Kriminalitätsbekämpfung und Ermittlungsarbeit wirkungsvoll bewältigen zu können.

Um die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum, die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen und auch schnellere Reaktionen im Ernstfall zu gewährleisten, sei eine deutliche Verstärkung der uniformierten Polizeibeamtinnen und -beamten notwendig. Malchow sagte: „Das Sicherheitsgefühl der Menschen wird nicht ausschließlich durch Terrorakte negativ beeinflusst. Wenn die Bevölkerung die Überzeugung entwickelt, dass Wohnungseinbrüche, Fahrrad-diebstähle oder Sachbeschädigungen offenbar ungeahndet bleiben, weil aufgrund von Personalmangel eine sachgerechte Bearbeitung unterbleibt, ist der Rechtsstaat in Gefahr.“

wsd

## **BUNDESVORSTAND**

### **„Reichsbürger“ gehören nicht in die Gewerkschaft der Polizei**

**Die Anhängerschaft der Reichsbürger-Ideologie ist mit der Mitgliedschaft in der GdP unvereinbar. Diese Feststellung traf der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf seiner Sitzung am 11. Mai in Brüssel. Daher ersucht der Bundesvorstand alle Landesbezirke/Bezirke sowie Bezirks- und Kreisgruppen, Ordnungsverfahren gegen GdP-Mitglieder zu beantragen, deren Anhängerschaft zur Reichsbürger-Ideologie oder deren Mitgliedschaft in einer Organisation der Reichsbürger-Ideologie bekannt ist.**

Diese klare Abgrenzung traf die GdP nach eingehender Analyse der Ideologie, den politischen Zielen und den Aktivitäten der sogenannten „Reichsbürger“.

Die Bewegung geriet bundesweit ins Licht der Öffentlichkeit, nachdem eine sich selbst als Reichsbürger bezeichnende Person einen Polizeibeamten bei dessen dienstlichen Auftrag, das Haus

des Tatverdächtigen zu durchsuchen, erschossen hat. Seit diesem Ereignis wird mit erhöhtem Aufwand das Milieu der Reichsbürgerbewegung durch die Sicherheitsbehörden untersucht. Dabei sind Erkenntnisse gewonnen worden, die den Verdacht begründen, dass sogenannte Reichsbürger Kontakt zu Polizeibeamtinnen und -beamten haben und Beamte möglicherweise selbst Anhänger der Reichsbürger-Ideologie sind. Für den Fall, dass auch in den Reihen der GdP Mitglieder sein könnten, die im Reichsbürger-Milieu verhaftet sind, zieht die GdP mit dem Unvereinbarkeitsbeschluss die notwendigen Konsequenzen.

GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow: „Die Anhänger der sogenannten Reichsbürgerbewegung bekämpfen aktiv die freiheitliche demokratische Grundordnung Deutschlands. Sie vertreten Thesen mit rechtsextremistischer Prägung und sie sind teilweise Angehörige von Gruppierungen, die aufgrund

ihrer Verfassungsfeindlichkeit durch die Verfassungsschutzbehörden beobachtet werden. Eine Zunahme der Aggressivität von „Reichsbürgern“ ist zu beobachten, die darin gipfelt, dass selbst mit Waffengewalt Widerstand gegen rechtstaatlich durchgeführte Maßnahmen der Sicherheitsbehörden geleistet wird.“ Zusätzliches Bedrohungspotenzial gehe, so Malchow, von solchen Reichsbürgern aus, denen derzeit noch der Besitz und das Führen von Schusswaffen gestattet sind.

Der GdP-Bundesvorstand sieht die Inhalte der Reichsbürger-Ideologie in absoluter Unvereinbarkeit mit den in Paragraph 2 Abs. 1 der Satzung kodifizierten Ziele der GdP. Oliver Malchow: „Wer die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und die Gültigkeit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung negiert, handelt daher gegen die Interessen der GdP und verstößt individuell gegen die Pflicht, die Ziele der GdP jederzeit zu vertreten.“ hol





# Fachtagung beleuchtet Strategien gegen Extremismus und Populismus

Von Rüdiger Holecek

**Als „urgewerkschaftliche und historische gewachsene Aufgabe“ hat der Bundesvorsitzende der JUNGEN GRUPPE (GdP), Kevin Komolka, die Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen, Entwicklungen und Herausforderungen des Extremismus und Populismus bezeichnet. Zum Auftakt einer Fachtagung von über 50 jungen Polizistinnen und Polizisten aus dem gesamten Bundesgebiet Anfang Mai in Hannover sagte Komolka „Ob Attacken gegen Flüchtlinge in Bautzen, brennende Autos und Straßenkämpfe in Hamburg, der Terroranschlag vom Breitscheidplatz oder mutmaßlich rechtsextreme Netzwerke in der deutschen Bundeswehr. In jedem Fall ist die Polizei betroffen, die jeweiligen Lagen unter Kontrolle zu bekommen und Ermittlungen zu tätigen.“**

„Dabei gerät die Polizei immer häufiger unter wachsenden Druck von Politik und Gesellschaft, diese Tätigkeiten richtig auszuführen, keine Spuren zu übersehen und immer, am besten stündlich, einen neuen Ermittlungsstand kund zu tun“, so Komolka. Die Polizei jedoch „erstmal mal ihre Arbeit machen zu lassen“ rücke dabei immer weiter nach hinten. „All das sind Situationen, die wir in der Ausbildung und im Studium zwar behandeln, für die Praxis jedoch nur geringes ‚Rüstzeug‘ bekommen und die glücklicherweise nicht jeden Tag vorkommen.“ Die Auseinandersetzung mit Extremismus sei heute, wie lange nicht mehr, erforderlich.

Zu ihrer Fachtagung hatten die jungen Gewerkschafter hochkarätige Referenten geladen. Wolfgang L. Würz, Leitender Kriminaldirektor a.D. des Bundeskriminalamtes (BKA),

gab einen Überblick über die aktuelle Entwicklung des gewaltbereiten Extremismus, stellte Chancen und Risiken einer neuen Sicherheitsarchitektur dar. Die Zahlen, die er mitbrachte, bestätigten Komolkas These.

Nach Armut und sozialer Gerechtigkeit sind einer Statistika-Veröffentlichung zufolge Kriminalität und Gewalt, Einwanderung, Terrorismus und Extremismus die am stärksten von Angst besetzten Themen in der Bevölkerung. Während das linksextreme Potenzial und das Mitgliederpotenzial extremistischer Ausländerorganisationen (ohne Islamismus) leicht gesunken seien, habe das Rechtsextremismuspotenzial deutliche Zuwächse verzeichnet. Salafistische Bestrebungen hätten signifikant zugenommen. Würz betonte, dass Kriminalität in ihrer Gesamtheit stets ein wichtiger Indikator für die Verfasst-

heit einer Gesellschaft sei, eine segmentierte Betrachtung nur einzelner Kriminalitätsfelder dagegen häufig in die Irre führe. Würz: „Die Detaildiagnose ist in einer Sicherheitsanalyse der letzte Schritt, bevor man sich an die Diskussion möglicher Therapien wagen kann.“

Wenige Tage vor der Veranstaltung hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2016 vorgestellt (siehe Bericht Seite 24). Um die Veröffentlichung dieser Zahlen herum erlebte die Öffentlichkeit eine Kaskade „segmentierter Betrachtungen“, je nach weltanschaulicher Provenienz. Die zunehmende Militanz der rechten Szene war Gegenstand eher linker und links-liberaler Publikationen, während konservative bis rechte Veröffentlichungen sich dem erstmals in der Kriminalstatistik eingeführten „Zuwanderer“ als neuen Typus der Tatverdächtigen auseinandersetzten und zu dem Fazit kamen, „dass die Zahl der Straftaten durch Zuwanderer deutlich gestiegen“ ist.

Würz betonte: „Der Anstieg der registrierten Straftaten um 0,7 Prozentpunkte bei einem Rückgang der Häufigkeitszahl um 0,5 Prozentpunkte liegt in der langjährigen Betrachtung im unteren Normbereich und zeigt keine signifikante oder auffallende Veränderung bei der Be-

Anzeige



Mit Kraft ins neue Leben

## AKUTKLINIK URBACHTAL

PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE

- \* Depressionen
- \* Angststörungen
- \* Chronische Schmerzen
- \* Traumafolgestörungen
- \* Burnout
- \* Lebenskrisen
- \* Hochfrequente Therapien
- \* Herzlichkeit und Mitgefühl
- \* Individualität in familiärem Kreise
- \* 60 Betten / 30 Therapeuten
- \* Spezielle Angebote auch für Polizeibeamte



Psychosomatisches Privatkrankenhaus  
beihilfefähig

88339 Bad Waldsee  
0 75 24 990 222 (auch am Wochenende)  
www.akutklinik.de





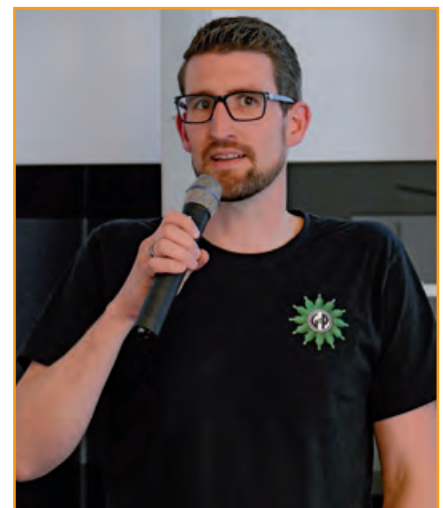
Teilnehmerinnen und Teilnehmer der JUNGE-GRUPPE-Fachtagung in Hannover.

Fotos (3): Holecek


**Moderator Alexander Poitz, Vorsitzender der  
Brandenburger JUNGEN GRUPPE**

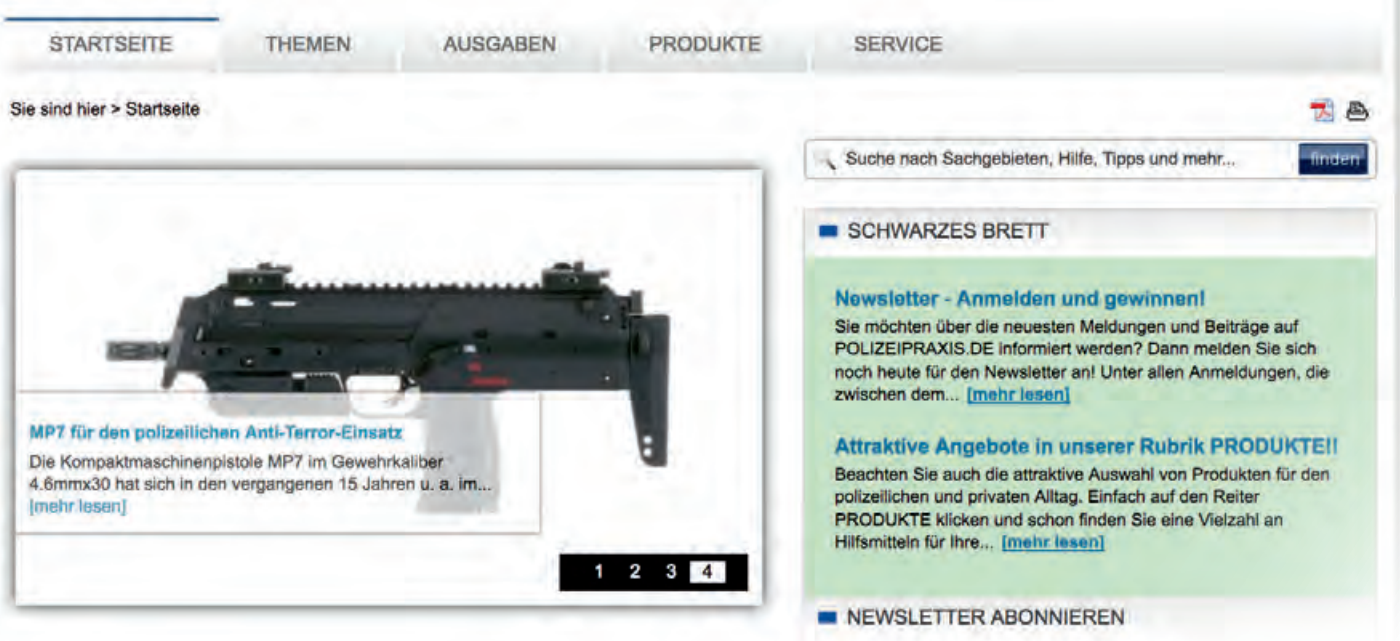
trachtung der Kriminalitätsentwicklung.“ Die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung klappten weit auseinander. „Betrachten wir nun alle Daten, Fakten, Ereignisse und Informationen noch hinsichtlich ihrer zeitlichen Konzentration, so erscheint nicht nur das angespannte Sicherheitsgefühl der Bevölkerung berechtigt, sondern die aktuelle Sicherheitslage gibt auch für die verantwortlichen Handlungsträger in den Sicherheitsbehörden und der Politik berechtigten Anlass zur Sorge. Entstehen doch gerade in derartigen Lagen erfahrungsgemäß Wechselwirkungen oder Aufschaukelungsprozesse zwischen den betroffenen Konfliktbereichen beziehungsweise den konkurrierenden extremistischen Szenen.“

**D**as Fazit von Würz: „Das Anwachsen extremistischen Verhaltens, unabhängig von der politischen, weltanschaulichen oder religiösen Motivation der Akteure, ist eine gewichtige Mahnung, ein wichtiges


**Bundesjugendvorsitzender Kevin Komolka**

Indiz dafür, dass unsere offene, am Konsens und Kompromiss orientierte, demokratische Gesellschaftskultur in Bedrängnis gerät.“ Dabei seien, so Würz, das Anwachsen extremistischen Verhaltens, unabhängig von der politischen, weltanschaulichen oder reli-





Mit dem Multifunktionstuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten\* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!

\*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.



# WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.06. - 30.06.2017 erfolgen, verlosen wir **fünf POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER!**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Wolfgang L. Würz Fotos (2): Holecek

nahm die Widersprüche zwischen objektiver Sicherheit und subjektivem Sicherheitsgefühl unter die Lupe. „Die objektive Dimension von Sicherheit kann in den Bereichen Statussicherheit, Rechtssicherheit und des institutionellen Arrangements, das als geeignet erscheint, innere und äußere Bedrohungen abzuwehren, lokalisiert werden. Dies impliziert für den modernen Staat die Aufgaben: Minimierung von Unsicherheiten, Beseitigung von Gefahren, Verminderung von Risiken, Prävention, Schutz vor Katastrophen sowie Ahndung von Gesetzesverstößen“, sagte der Fachmann. Die subjektive Ebene hingegen sei nur indirekt und hauptsächlich durch sozialpsychologische Instrumentarien beeinflussbar. Beide Phänomene entwickelten sich unabhängig voneinander.



Dr. Marwan Abou-Taam

giösen Motivation der Akteure, eine gewichtige Mahnung, ein wichtiges Indiz dafür, „dass unsere offene, am Konsens und Kompromiss orientierte, demokratische Gesellschaftskultur in Bedrängnis gerät.“

Auch Dr. Marwan Abou-Taam vom Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

Während für die Herstellung objektiver Sicherheit den politischen und staatlichen Akteuren (Gesetzesänderungen, Verstärkung der Sicherheitskräfte, Umstrukturierungen der Sicherheitsarchitektur, neue Bekämpfungsstrategien) zahlreiche rechtsstaatliche Optionen zur Verfügung stehen, wird das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger von Faktoren beeinflusst, bei denen die Sicherheitsbehörden keine Karten haben. Zum Beispiel in der Bildung. Dabei könnte helfen, den zunehmenden

Ängsten vor Überfremdung und damit den zunehmenden fremdenfeindlichen Strömungen zumindest durch mehr Wissen über diejenigen zu begegnen, die diese Ängste auslösen. So bemüht sich Dr. Abou-Taam seit Jahren in Vorträgen und Veröffentlichungen um eine differenzierte Betrachtung

## Kapitalmarkt

<p><b>Beamtdarlehen 10.000 €-120.000 €</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Vorteilszins für den öffentl. Dienst</li> <li>Umschuldung: Raten bis 50% senken</li> <li>Baufinanzierungen echt günstig</li> </ul> <p><b>0800 - 1000 500</b> Free Call Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 40 Jahren.</p>	<p><b>Deutschlands günstiger Autokredit</b></p> <p><b>2,77%</b> effektiver Jahreszins 5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €</p> <p><a href="http://www.Autokredit.center">www.Autokredit.center</a></p>	<p><b>AK FINANZ</b></p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH E3, 11 Planken 68159 Mannheim Tel: (0621) 178180-0 Info@AK-Finanz.de</p>	<p><b>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</b></p> <p>Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mit. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsversicherung.</p>
---	---	--	--

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite**

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten. Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 0231/9 1451 45

**Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker** Seit 1997

**Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“**

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtdarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

**Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332**  
Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

**JETZT INFORMIEREN!**

Viele Informationen und Tipps auf dem **Präventionsportal** der Gewerkschaft der Polizei

**POLIZEI DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei  
Das Präventionsportal

**KREDIT** bis € 80.000,-  
**PECUNIA GmbH seit 1980**

ohne Auskunft bis € 15.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldsicherung – Bis zum 89. Lebensjahr

**Tel. 0201/22 13 48**  
45127 Essen • Gärtnermarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

**www.Polizeifeste.de**  
**Alle Polizeifeste auf einen Blick**





des Islam und des Islamismus. Sein immer wieder kehrendes Thema: die Unterschiede zwischen Glaube und Ideologie.

So lebten in Deutschland vier bis fünf Millionen Muslime. Davon sind nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden 40.000 Islamisten und davon, allerdings mit steigender Tendenz, rund 10.000 solche der gefährlicheren Sorte, nämlich Salafisten.

Abou-Taam: „Nicht die Religion ist der Schlüssel zum Verständnis der Gesellschaft, sondern die Gesellschaft ist der Schlüssel zum Verständnis der Religiosität.“ Muslime/ethno-nationale Gruppen würden viel zu oft als homogene Einheiten betrachtet, analysiert und politisiert. Das hat Folgen. Abou-Taam: „Eine Konstituierung der Muslime als ethnisch geschlossene Gemeinschaft reduziert die Eingliederungschancen, Identität wird oft auf Religion reduziert. Es gibt heterogene Akteure und Akteursstrukturen auf Gemeinde, Landes- und Bundesebene.“

Die islamische Welt verstehen zu wollen, ohne Islamwissenschaftler zu sein, ist, wie die Teilnehmer der JUNGE-GRUPPE-Fachtagung schnell feststellten, eine Herausforderung. Dennoch ist es ihre berufliche Aufgabe, Fundamentalisten, Extremisten und Terroristen von der überwiegenden Mehrheit „rechtschaffender“ Gläubiger zu unterscheiden, die übrigens weltweit stärker unter den innerreligiösen Konflikten leiden, als Gläubige anderer Religionen. So sind den Terroranschlägen des islamistischen Terrorismus weitaus mehr Muslime zum Opfer gefallen, als Gläubige anderer Religionen. Abou-Taam: „Islamismus politisiert die Religion und verbindet politische Ziele mit religiösen Überzeugungen. Religiöse Inhalte und Symbole werden zur Schaffung einer politischen Ideologie und Legitimation politischer Handlungen benutzt. Die Feinbilder sind primär die USA und Israel, Verbündete der USA und die Regierungen pro-westlicher islamischer Staaten.“ Was die Lage schwierig macht: Alle islamistischen Bewegungen bekennen sich zu den Lehren des Islam und alle beanspruchen für sich, die einzig wahre Interpretation des Islam zu besitzen.

Die doppelte Krise der islamischen Gesellschaften beschreibt Abou-Taam



**GdP-Vize Dietmar Schilff, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für die JUNGE GRUPPE (GdP) zuständig.**

Foto: Holecek

so: „Konfliktbeladene Heterogenität, die nicht überwunden werden kann, und immer zu Auseinandersetzungen führt. Aufgrund der inneren Schwäche, die sich aus dem Versagen der Nationalstaaten, sowie den innerislamischen Zerwürfnissen ergeben, können weltpolitische Ansprüche nicht nach außen transportiert werden. Der Fundamentalismus will dies durch eine Rückorientierung auf den utopischen Zustand des Ur-Islams überwinden.“

Staat und Gesellschaft in Deutschland sehen sich vor allem mit drei Problemgruppen konfrontiert: eingewanderte radikalisierte Muslime, Muslime, die emotional mit Herkunftsländern verbunden sind und Islamismus als Jugend- und/oder Protestkultur. Konvertiten nicht zu vergessen.

Abou-Taam plädierte dafür, ein besonders wachsames Auge auf jugendaffine Angebote bei der Mobilisierung zum Jihad zu haben. Islamseminare, Islamvorträge, Kundgebungen, Werbung im Internet bedürfen nach seinen Worten einer be-

sonderen Aufmerksamkeit. Ziemlich unverhohlen kritisierte er, dass Koran-Verteilaktionen wie „Lies!“, die nach seinen Beobachtungen von Anfang an ein massives Anwerbengeschäft der Salafisten waren, so lange ungeschoren betrieben werden konnten.

Auf ihrer Tagung bemühte sich die JUNGE GRUPPE (GdP), vor allem

Anzeige



**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**. Inzahlungnahme möglich.

Informieren Sie sich!

**Telefon: (02207) 76 77**

[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)





**Uwe Lietzau**

Strategien auszuleuchten, die Radikalisierungsprozessen vorbeugen und sie durchbrechen können, mit dem Ziel, insbesondere immer jüngere Anhänger beiderlei Geschlechts für Familie und Gesellschaft zurückzugewinnen. Dem widmeten sich durch die Vorstellung ihrer Projekte Uwe Lietzau vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport sowie Thomas Mücke vom Violence Prevention Network e.V. Lietzau wies darauf hin, dass ein Viertel der 920 Islamisten aus Deutschland, die nach Syrien oder Irak gereist waren, Frauen sind. Der überwiegende Teil ist unter 30 Jahre. Ein Drittel der Ausgereisten ist wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Derzeit werden in allein in Niedersachsen 33 terroristische Strafverfahren (gemäß Paragraf 89 a/b/c, 129 a/b Strafgesetzbuch) und 125 Gefahrenermittlungsvorgänge mit islamistischem Hintergrund geführt. Die Anzahl islamistischer Gefährder in Niedersachsen liegt bei 55 Personen, die Anzahl relevanter Personen bei 29 Personen.

Die Arbeit mit Radikalisierten (Schwerpunkt: Ausreisewillige und Rückkehrer aus Syrien), Arbeit im Strafvollzug mit extremistisch motivierten Gewalttätern, Arbeit mit Radikalisierungsgefährdeten, und Beratung für Eltern im Kontext Islamismus sind die Haupttätigkeitsfelder von

Violence Prevention Network e.V. Neben der internationalen Arbeit betreibt die Organisation eine Akademie für Beratung, Qualifizierung, Fortbildung, wissenschaftliche Begleitung und gibt einschlägige Publikationen heraus.

Der extremistische Salafismus eröfne sich Zugang zu Jugendlichen, so Mücke, mit einer jugendkulturellen Ansprache, eröfne eine Jenseitsperspektive, vermittele Halt und Geborgenheit in einer einzigen Gemeinschaft, böte Gewalt- und Hassventile und propagiere einen exklusiven Wahrheitsanspruch. Charismatische männliche Autoritäten vermittelten überzeugend auch gescheiterten Jugendlichen: „Egal, welche Scheiße du gebaut hast, bei uns bist du richtig.“ Eltern, Lehrer, Freunde, Polizei – alle, die das Scheitern reflektieren, dürfen getrost abgewertet werden. Mehr noch: Die Jugendlichen werden in dem, was sie getan haben, bestätigt.

Violence Prevention bezieht in seine Arbeit lokale Akteure der allgemeinen Prävention, der schulischen und außerschulischen Bildung, muslimische Communities (Moscheevereine, Verbände), Eltern und Angehörige, Beratungsstelle des BAMF, Sicherheitsbehörden, Bewährungshilfe, Jugendarrest und Strafvollzug und Einrichtungen von Flüchtlingsorga-



**Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke**



**Thomas Mücke**

**Fotos (3): Holecek**

nisationen mit ein. Der Verein bietet Informations-, Sensibilisierungs- und Fortbildungsveranstaltungen zur Früherkennung und Stärkung der Handlungskompetenz bei Lehrerinnen und Lehrern, für Sicherheitsbehörden, Bewährungshilfe und Bedienstete im Strafvollzug.

Die Vorgehensweise von Violence Prevention, so Mücke, gliedert sich in folgende Arbeitsschritte: Erfassung einer gefährdeten Person, Überprüfung der Gefährdungssituation (Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden bei sicherheitsrelevanten Fällen – 14-tägige Sitzungen), Problemanalyse und Kontaktaufnahme zum Klienten oder zur Klientin (2 Wochen), Aufbau und Stabilisierung einer Arbeitsbeziehung (4 Wochen), Sofortintervention (4 Wochen), Fortführung der thematischen Dialogarbeit (6 Monate), Entwicklung und Umsetzung eines persönlichen Zukunftsplanes (6-12 Monate). Ein Fall gilt erst als abgeschlossen, wenn eine Selbst- und Fremdgefährdung, das Begehen neuer Straftaten nicht mehr wahrscheinlich erscheint. Auch dürfen keine Kontakte zur extremistischen Szene mehr bestehen und eine Neuorientierung jenseits des extremistischen Gedankengutes erfolgt ist. Mücke: „Wir geben erst auf, wenn die soziale Integration in den wichtigen Lebens-





# POLIZEILICHE BERUFSETHIK

Ein Studienbuch

Von **Ulrike Wagener**.

1. Auflage 2015

**Umfang:** 224 Seiten

**Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

**Preis:** 24,90 € [D]

**ISBN:** 978-3-8011-0576-1

**VDP eBook**

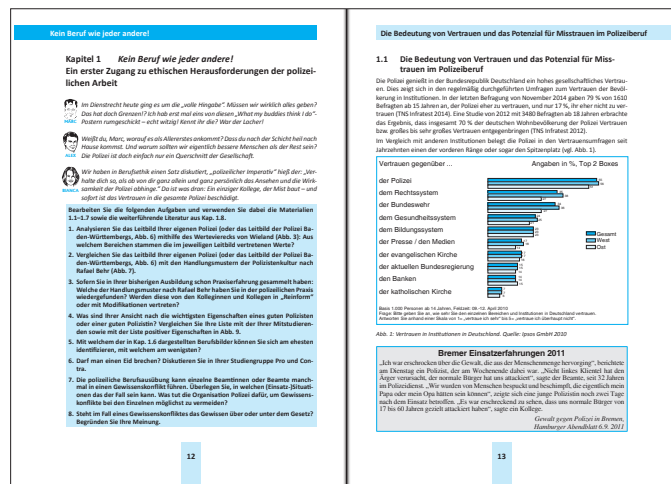
**Format:** EPUB, Mobipocket

**Preis:** 18,99 € [D]

Ausgehend von Fallbeispielen will dieses Studienbuch zur ethischen Analyse polizeilicher Alltagspraxis und zur Reflexion des eigenen Berufsverständnisses anleiten. Im Einzelnen handelt die Autorin folgende Themen ab:

- Berufsbilder und Berufsmotivation,
- der Diensteid als „Hochleistungsversprechen“,
- Achtung und Schutz der Menschenwürde als polizeiliche Aufgabe,
- die neuere Diskussion um die Folter,
- Menschenwürde der Polizeibeamtin/des Polizeibeamten,
- die Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols,
- legitime und illegitime Gewalt,
- Umgang mit Opfern und Tätern bei häuslicher Gewalt,
- Verhältnis von Professionalität und Mitgefühl,
- Umgang mit Hinterbliebenen,
- Überbringen von Todesnachrichten,
- Verhältnis von Fürsorge und Selbstsorge,
- Umgang mit Stress und eigener Belastung.

Das Buch ist konzipiert für die polizeiliche Aus- und Fortbildung; insbesondere richtet es sich an Studierende im Bachelor-Studiengang für den gehobenen Polizeivollzugsdienst. Es vermittelt prüfungsrelevante Kompetenzen ethischen Denkens und Urteilens. Arbeitsaufgaben und Kontrollfragen ermöglichen es, den eigenen Lernfortschritt selbstständig zu überprüfen.



## DIE AUTORIN

**Dr. Ulrike Wagener**, Professorin für Berufsethik an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg in Villingen-Schwenningen.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

bereichen erfolgt und die Fähigkeit zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung erkennbar ist. Auch dürfen alle beteiligten Akteure wie Familie, Schule und Sicherheitsorgane keine weiteren Handlungsbedarf mehr als notwendig erachten.“

„Wir“ und „die Anderen“, um diese simple Unterscheidung dreht sich nach Auffassung von Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke vom Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin die Erzählung des Rechtspopulismus. „Wir da unten“ – „Die da oben“, „Wir, das Volk, die Einheimischen“ – „Fremde, Einwanderer, Nicht-Dazugehörige“, „hier die Tradition (unsere Werte“ – „dort die Werte und die kulturelle Praxis der Anderen“. Fast jede populistische Partei in Europa bedient sich dieser klischeehaften angeblichen Gegensätze. Die Botschaften sollen jene erreichen, die sich als „Modernisierungsverlierer“ fühlen, obwohl die Protagonisten dieser Bewegungen oft gar nicht dazugehören – ebenso wie viele Anhänger, die allerdings den Verlust ihres sozialen Status befürchten.

Die Vereinfachung, die Reduktion von Komplexität in einer modernen Welt, ist das probate Mittel.



**Daniela Kallinich**



**Mark Haarfeldt**

**Fotos (2): Holecek**

Daniela Kallinich von der Landeszentrale für politische Bildung (LPB) Niedersachsen: „Demokratische Grundwerte werden zur Disposition gestellt, die Grenzen des Sagbaren verschieben sich und der Tabubruch wird zur Regel.“ Wie also mit Bürgerinnen und Bürgern umgehen, die rechtspopulistischen Ideen gutheißen? Kallinich: „Mit politischer Bildung – aber: Sie erreicht in der Regel nur die, die sowieso schon interessiert und informiert sind.“ Sie rät zu handeln, bevor das Kind in den Brunnen fällt. Die Die LPB in Niedersachsen bemühe sich, Tools und Methoden für Menschen zu entwickeln, die sonst nicht in den Genuss politischer Bildung kommen. Angesichts der Tatsache, dass auch Gewerkschafter nicht immun gegen rechtspopulistische Propaganda sind und viele bei Landtagswahlen ihre Stimme der Alternative für Deutschland (AfD) gegeben haben, sieht Kallinich den Rechtspopulismus als Herausforderung für die Gewerkschaften. „Rechtsextreme Einstellungen sind unter Gewerkschaftsmitgliedern in der Bundesrepublik genauso weit verbreitet wie unter Nicht-Mitgliedern“, sagt sie und warnt: „Die Grundsätze rechtspopulistischer Parteien brechen mit den Grundwerten der Gewerkschaften. Populismus ist in seiner Wesenseigenheit spaltend und ausgrenzend, während Gewerk-

schaftsarbeit solidarisch und integrierend ist. Rechtspopulismus kollidiert mit Grundwerten, wenn völkisches, rassistisches, fremdenfeindliches und menschenverachtendes Gedankengut formuliert wird.“ Kallinich rät, rassistische und fremdenfeindliche Themen innergewerkschaftlich aufzuarbeiten, ihnen Raum geben und darüber sprechen, nach innen und außen Tabus verdeutlichen und klare Kante zeigen und politische Akteure zu legitimieren. Kallinich: „Nicht alle in einen Topf werfen, denn nicht alle sind gegen die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder.“ Gewerkschaften sollten sich als klare Alternativen und Fürsprecher derer darstellen, die sich von „denen da oben“ vernachlässigt fühlen. Sie sollten Teilhabe ermöglichen, denn Partizipationsmöglichkeiten senkten die Anfälligkeit.

„Kann der Alten nicht irgendjemand in den Kopf schießen? Das muss doch mal ein Ende haben. Unglaublich, was die dem Land und den Deutschen antut!“ „...warum wird dieses Biest nicht gesteinigt ... so eine hat doch Null Charakter ... für Geld und Macht verkauft die sich zur Not auch selbst ...“ solche und ähnliche Sätze postete die NPD auf ihrer Facebook-Seite über die Grünen-Politikerin Claudia Roth. Sie gehört zu den Politikerinnen und Politikern, über die auf den sogenannten sozialen Medien ganze Drecksbübel ausgeschüttet werden. Und es bleibt nicht bei entgrenzten verbalen Beleidigungen und Drohungen. Wenig Erfreuliches also, was Mark Haarfeldt von der Initiative „Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.“ bei seiner Analyse der Massenmedien im Zusammenhang mit Rechtspopulismus herausfand. Die Verfolgung und Verurteilung von Hassbotschaften sind für Sicherheitsbehörden und Justiz eine neue Belastung ihrer ohnehin großen Aufgabenfülle. „Wir bekommen auch Drohungen, insbesondere die Frauen werden ganz schlimm per Privatnachricht angegangen, und man wünscht ihnen Vergewaltigungen. Und dann meldet man das und erhält dann eine Nachricht, die sagt: (...) ‚Wir können hier keine hetzerischen Inhalte feststellen‘. Und dann guckt man sich das Profil an und da laufen Leute mit einer Reichskriegsflagge herum.“ (Hannes Ley von der Initiative #ichbinhier, Januar 2017).





# POLIZEI IN STAAT UND GESELLSCHAFT

Politikwissenschaftliche und soziologische Grundzüge

Von **Bernhard Frevel (Hrsg.)**.

1. Auflage 2015

**Umfang:** 208 Seiten

**Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 24,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0766-6

**VDP e book**

**Format:** EPUB, Mobipocket

**Preis:** 18,99 € [D]

Dieses studienbegleitende Lehrbuch stellt die politikwissenschaftlichen und soziologischen Grundlagen für die Polizeiarbeit dar. Während die Politikwissenschaft Analysen bereitstellt, um die Polizei und ihr Handeln zu verstehen, bietet die Soziologie unverzichtbares Hintergrundwissen, um die Bedeutung gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse für die Gewährung von Sicherheit und Ordnung zu erfassen und als Polizei hierauf zu reagieren.

In zehn Kapiteln beschreiben die Autorinnen und Autoren, die an polizeiausbildenden Hochschulen und Akademien lehren, die sozialwissenschaftlichen Fragestellungen mit stetem Bezug zur Rolle, Funktion und Organisation der Polizei sowie zu den politischen Bedingungen und Anforderungen an polizeiliches Handeln in Deutschland.

Der politikwissenschaftliche Teil befasst sich mit dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland, einer Politikfeldanalyse der Inneren Sicherheit, dem politischen Extremismus und Terrorismus und der Europäisierung der Inneren Sicherheit.

Eine Einführung in die Soziologie der Polizei leitet den soziologischen Teil ein. Weiterhin werden die Sozialstruktur Deutschlands, das polizeiliche Handeln im urbanen Raum und soziologische Fragen zu Polizei und Gewalt betrachtet. Abgerundet wird das Buch mit einem Überblick über die Geschichte der deutschen Polizei und einem Beitrag zum Thema Polizei als Beruf.



## DER HERAUSGEBER

*Dr. rer. soc. Bernhard Frevel, Professor für Sozialwissenschaften an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW sowie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**

**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

# GdP fordert intensivere Beachtung der Belange der Menschen mit Behinderungen in der Polizei

**Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) appelliert an die Verantwortlichen in Politik und Polizeibehörden, sich intensiver um die Belange der Menschen mit Behinderungen in der Polizei zu kümmern. Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff sagte, die Rechte der Schwerbehindertenvertretungen müssten von den Dienststellen stärker in den Fokus gerückt werden. „Neben der Beachtung der Vorschriften des Bundesteilhabegesetzes und der Sozialgesetzbücher müssen sich die Regierungen des Bundes und der Länder sowie das Polizeimanagement viel intensiver mit diesem wichtigen Themenfeld beschäftigen. Jeder kann von heute auf morgen schwerbehindert werden“, betonte Schilff, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständig für die Unterstützung der Arbeit der Kommission für die Belange von Menschen mit Behinderungen.**

als äußerst wichtig. Inklusion dürfe nicht zu einer Worthölse verkommen, hieß es. Wertschätzung und Chancengleichheit sollten zur Normalität werden. Die Belange dieser Menschen müssten ernster genommen und im täglichen Verwaltungshandeln stärker berücksichtigt werden. Zudem gehe es um eine behördenübergreifende, verbindliche Suche nach anderen Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten, wenn die ursprüngliche Tätigkeit behindertenbedingt nicht mehr ausgeübt werden könne. Zudem wird gefordert, barrierefreie Zugänge in allen Liegenschaften und Gebäuden der Polizei zu schaffen.

Mit der Verabschiedung des neuen Bundesteilhabegesetzes (BTHG) im Dezember sind die Rechte für schwerbehinderte Menschen und der Schwerbehindertenvertretungen gestärkt worden. Auch die GdP hatte sich für Verbesserungen stark gemacht, unter anderem durch Schreiben an alle Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen im Vorfeld der Diskussionen zu diesem Gesetzesvorhaben. Alle Fraktionen antworteten und sagten zu, sich für die Umsetzung der GdP-Forderungen einzusetzen.



**Die Kommission für die Belange von Menschen mit Behinderungen vor der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle.**

## Inklusion darf nicht zu Worthölse verkommen

Ende April forderte das GdP-Gremium bei einer Sitzung in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle mit Blick auf die Bundestagswahl im September eine Stärkung der Rolle der Schwerbehindertenvertretungen in den Dienststellen der Polizei in Bund und in den Ländern. Die Ausübung des Amtes dürfe zu keiner Benachteiligung im beruflichen Alltag führen.

Kommissionssprecher Rainer Ritter bewertete die Arbeit des Gremiums



## Erfahrungen aus Oberfranken

„Für eine gute Arbeit als Schwerbehindertenvertreter muss die Zusammenarbeit zwischen der Schwerbehindertenvertretung, der Personalabteilung und dem Personalrat gut harmonisieren“, berichtete

**Kommissionssprecher Rainer Ritter (l.) und Referent Wilfried Körber, Vertrauensperson für Menschen mit Behinderung beim Polizeipräsidium (PP) Oberfranken.**

Fotos (2): Schönwald





# Maximale Sicherheit im Straßenverkehr mit der ADVOCARD Verkehrs-Rechtsschutzversicherung!



Für GdP-Mitglieder günstig und leistungsstark. Mit der ADVOCARD erhalten Sie Rechtsschutz u.a. als:

- Kfz-Halter/-Eigentümer sowie als Fußgänger und Radfahrer
- Fahrer fremder Kfz oder als Fahrgast in öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln

Wahlweise als **Single Tarif** (mitversichert sind auch Ihre Kinder. Volljährige Kinder, wenn sie weder berufstätig, verheiratet oder in einer Lebenspartnerschaft leben) oder als **Familien/Partner Tarif**.

**Schnell, unbürokratisch und flexibel – auf den ADVOCARD Rechtsschutz können Sie sich verlassen.**

- **Keine Selbstbeteiligung im Schadenfall** • Keine Wartezeit • Notruf-Hotline aus dem Ausland und Übernahme der Dolmetscherkosten

Rufen Sie uns an, wir beantworten gerne Ihre Fragen: **OSG der Gewerkschaft der Polizei: (0211) 710 42 02**

Bitte senden an: OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, Abt. Versicherungen, Forststraße 3a, 40721 Hilden, per Fax: 0211 / 710 42 72, per E-Mail: Diana.Luehr@GdP.de

Name, Vorname	<input type="text"/>		
Straße, Haus-Nr.	<input type="text"/>		
PLZ	<input type="text"/>	Wohnort	<input type="text"/>
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	<input type="text"/>	GdP-Mitgliedsnummer	<input type="text"/>
Name, Vorname des mitversicherten Lebenspartners	<input type="text"/>	E-Mail	<input type="text"/>

Ich wünsche ab

(frühestens einen Tag nach Eingang bei der OSG)

den Verkehrs-Rechtsschutz mit Fußgänger Rechtsschutz

verwaltet durch die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH

**Versicherungssumme:** 1.000.000 € je Rechtsschutzfall und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen.

Single Tarif jährlich **61,90 €\***  
(§18 Abs. 2 u. 3 ARB 2014)

Familien/Partner Tarif jährlich **82,20 €\***  
(§18 Abs. 1 u. 2 ARB 2014)

Vorversicherung  nein  ja, bei

(bitte immer angeben) gekündigt vom  Versicherungsnehmer  Versicherer

Datum (TT.MM.JJJJ)

Unterschrift

## SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die OSG der Gewerkschaft der Polizei-Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 22 ZZZ 000000 67861 – widerruflich, Beiträge von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die dieses Konto betreffenden Lastschriften der OSG einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenz teilt die OSG vor der ersten Abbuchung mit.

IBAN

BIC

Kreditinstitut

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers

Bitte senden Sie mir ein Angebot zum Privat- und Wohnungsrechtsschutz.

\* **Beiträge:** Für die Zeit vom Vertragsbeginn bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres der anteilige Jahresbeitrag, danach für jedes Kalenderjahr der volle Jahresbeitrag wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer, zzt. 19 % (Fälligkeit Februar). Die Beitragsleistung soll jeweils bei Fälligkeit erfolgen. **Vertragsdauer:** Bis zum 31. Dezember des Jahres, das dem Jahr des Vertragsbeginns folgt. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Der Vertrag zwischen dem Versicherungsnehmer und der Versicherungsgesellschaft erlischt ohne besondere Erklärung mit der Beendigung der Mitgliedschaft bei der GdP.

Wilfried Körber, Vertrauensperson für Menschen mit Behinderung beim Polizeipräsidium (PP) Oberfranken, der auf Einladung der GdP der Kommission seine Erfahrungen darlegte. Ein gut funktionierendes Netzwerk, wie der regelmäßige persönliche Kontakt mit dem ZBFS (Zentrum Bayern Familie und Soziales), dem Integrationsamt, der deutschen Rentenversicherung, der Agentur für Arbeit, dem VdK-Bayern und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, sei ebenfalls wichtig. Im Bereich des PP Oberfranken sind circa 2.600 Kolleginnen und Kollegen

beschäftigt, davon haben etwa 8 Prozent ein Handicap (schwerbehindert oder sind einem Schwerbehinderten gleichgestellt).

Zu seinen Aufgaben zähle, so Körber, Schwerbehinderte oder Gleichgestellte im Einzelnen oder in der Gruppe unter anderem bei Anträgen auf einen Grad der Behinderung, zur Gleichstellung und bei Anträgen auf Hilfsmittel, wie auf einen Sitz-Steh-Arbeitsplatz zu unterstützen. Zwischenzeitlich sei in allen Kraftfahrzeug-Werkstätten mit behinderten Beschäftigten ein Rad-

Montage-Lifta zur Reifenmontage angeschafft worden. Der Umbau von behindertengerechten Toilettenanlagen in den Dienstgebäuden konnte mit Zuschüssen der verschiedenen Leistungsträger vorangebracht werden. Vier Schwerbehinderte arbeiten mit einer Arbeitsassistenz. Eine blinde Beschäftigte bekam nach einem privaten Umzug ein 55-stündiges Mobilitätstraining genehmigt.

Körber nimmt regelmäßig an den Sitzungen der Personalvertretung, des Arbeitsschutzausschusses, der

Personalverwaltung teil und führt Gespräche mit den Dienststellenleitern und deren behinderten Beschäftigten. Bei über sechs Wochen Erkrankten bietet das Präsidium Oberfranken ein BEM (betrieblichen Eingliederungsmanagement) an. Auf Wunsch der Betroffenen beteiligt sich auch die Schwerbehindertenvertretung an den Gesprächen. Zudem werden die vielen Vorstellungsgespräche mit behinderten Bewerbern begleitet und stets auf die Umsetzung des SGB IX (Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Schwerbehindertenrecht) und der Teilhaberichtlinien geachtet.

Anfang Dezember erhielt das PP Oberfranken den Inklusions-Preis „JobErfolg 2016“ in der Kategorie „öffentlicher Dienst“ aus den Händen von Landtagspräsidentin Barbara Stamm bei einem Festakt im Historischen Rathaussaal in Nürnberg. Körbers Fazit: „Nach 15 Jahren Tätigkeit in der Schwerbehindertenvertretung kann ich immer noch behaupten, dass mir diese Arbeit sehr gefällt. Die positiven Feedbacks der behinderten und nicht behinderten Beschäftigten zeigen mir, dass die Schwerbehindertenvertretung des PP Oberfranken auf dem richtigen Weg ist.“ **wsd**

## Reise & Erholung



**Action mit wasser-c-raft in Tirol**

**Spezial Polizeiangebote:**  
Raft- & Canyontour €/Person 120,-  
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721  
office@rafting-oetztal.at  
www.rafting-oetztal.at

**TIROL „Bergsommer“**  
**Silvrettaregion Ischgl-See-Paznauntal**

Kleines, perfekt ausgestattetes 3-Sterne-Hotel mit allem Komfort in ausgesuchter Traumlage.  
Exklusive Zimmer und Ferienwohnungen.  
„Silvretta Card All Inklusive“.  
Alle Bergbahnen, Frei- u. Hallenbäder, Badeseen, öffentliche Verkehrsmittel u. v. m., komplett kostenlos.  
Geführte Wander- und Alpentouren, kostenloses Aktiv- und Unterhaltungsprogramm.  
„Bergsommerwoche 2017“ – 7 ÜN (mit oder ohne Verpflegung) extrem kostengünstig.  
HOTEL Garni BERGWELT\*\*\*\*  
A-6553 See · Lahngang 19  
Tel. 0043-5441-8397  
E-Mail: info@bergwelt-see.at  
Internet: www.bergwelt-see.at



SEI VORSICHTIG UNTERWEGS

Wichtige Informationen findest Du auf

www.PolizeiDeinPartner.de



Caritas international



Diakonie Katastrophenhilfe

**Franken bei Bamberg,**  
eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 188,- €, Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-urlaub.de

**Bayerischer Wald,** komf. FeWo v. Kollegen  
ab 2 Pers., ab 35 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41 71 118, www.ferienwohnung-gammer.de

Herzlich willkommen zu Ihrem abwechslungsreichen

**Action-Urlaub in Haiming / Tirol!**

**Spezialpreise für Polizeigruppen!**

Rafting Imster Schlucht + Canyoning Auerklamm + 2 Übernachtungen mit Frühstück im unserem Haus und einen Grillabend

Preis: € 165,- p. P.

Anmeldungen / Angebote unter:  
**Outdoor Refugio Otto**  
Alte Bundesstraße 44  
A-6425 Haiming / Tirol  
Tel. 0043 5266 888 65  
Mobil 0043 680 11 68 408  
E-Mail: info@outdoor-refugio.com  
www.outdoor-refugio.com

**SOMMERPAUSCHALE ALL IN ONE**

**1 Woche Halbpension & Silvrettacard ab € 371**

Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta gratis, Frei- & Hallenbäder gratis, Gletschersafari, Schmugglertour, gef. Wanderungen inklusive! Wellness mit Gartensauna neue Alpinstyle-Zimmer, gratis WLAN & Mountainbikeverleih. Tolles Programm f. Kinder u. Jugend Kinderermäßigungen!

**NEU:** BADESEE MIT FREIZEITANLAGE

**POST HOTEL**  
Fam. A. Handle  
A-6553 See, Au 164  
Tel. +43-5441-8219  
www.postsee.at  
info@postsee.at

**ISCHGL**



**Cankick**  
...prickelnd anders

**TOP ANGEBOT**  
1x Rafting  
1x Canyoning  
1x Grillen & Foto CD

Angebot pro Person nur € 109,-

**RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG**  
**ACTION & ABENTEUER** // Tel. +43 664 2838055  
info@cankick.at // www.cankick.at

www.Polizeifeste.de

**Nordseeheilbad Cuxhaven,** attrakt. Fewo. für 2 Personen, 70 m² groß, 35,00 € pro Tag. Tel.: 04 72 47 56 | Handy: 0 17 25 99 07 40  
E-Mail: lufri@kabelmail.de  
Internet Präsentation: www.ferienwohnung-cuxhaven.eu/obj/luedingworth/ferienwohnung/11058/





# Bundesseniorenkonferenz 2018 im Fokus der Beratungen

**In der Frühjahrssitzung des Bundessenienorenvorstandes (BSV) in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle war die beginnende Vorbereitung der Bundesseniorenkonferenz (BSK) vom 18. bis 20. März 2018 in Potsdam Schwerpunkt der Beratungen. Ebenso erörtert wurde Ende April die Beteiligung der GdP-Seniorengruppe (SG) am Deutschen Seniorentag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) im Mai 2018 in Dortmund. Verabschiedet aus dem Kreis des BSV wurde der langjährige Vorsitzende der Seniorengruppe Schleswig-Holstein Frank Poster.**

Der Bundesseniorenvorsitzende Winfried Wahlig begrüßte in der Sitzung erstmals den neuen Vorsitzenden der Seniorengruppe des Landesbezirks Berlin, Michael Reinke. Der frisch gewählte Nachfolger als Landesseniorenvorsitzender Schleswig-Holsteins, Hermann Reissig, war unterdessen verhindert.

Diskutiert wurden in der Sitzung unter anderem die Initiativen verschiedener Landesbezirke zur Erstellung einer „Broschüre vor dem Ruhestand“ mit landesspezifischen Informationen zum Übergang aus dem Berufsleben. Regen Meinungsaustausch löste zudem die Durchführung von Senioren-

seminaren auf Bundesebene („Seniorenarbeit aktiv gestalten – Grundlagen und Möglichkeiten der Seniorengruppe“) für die Vermittlung notwendigen Grundwissens für eine erfolgreiche Seniorenarbeit vor Ort aus. Im kommenden Herbst ist eine solche Veranstaltung erneut eingeplant.

Zufrieden zeigten sich die Tagungsteilnehmer von der Aktualisierung des „APS-Aktivprogramm nicht nur für Senioren“ auf den Seniorenseiten des Internetauftritts der GdP, dessen „Pfleger“ in den Händen von Horst Müller, Gewerkschaftssekretär in der GdP-Bundesgeschäftsstelle und zuständig

für die Seniorengruppe Bund, liegt.

Beschlossen wurde, sich weiterhin um Kontakte zu Seniorengruppen anderer Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes im DGB zu bemühen. Ziel sei es, gemeinsam seniorenpolitische Probleme zu erörtern und an die politisch Verantwortlichen heran zu tragen. Zur Kenntnis genommen wurde, dass die diesjährige Bundesseniorenreise vom 16. bis 30. September nach Bulgarien mit rund 400 Teilnehmern bereits ausgebucht ist.

## Erste Beschlüsse gefasst

Im Mittelpunkt der zweitägigen Sitzung standen jedoch die Vorbereitungen für die Bundesseniorenkonferenz 2018 in Potsdam. Tanja Richter, Organisationssekretärin in der GdP-Bundesgeschäftsstelle, stellte die Planung vor. Nach umfangreicher Besprechung wurden vom BSV erste Beschlüsse gefasst. Das Motto der BSK 2014 „Erfahrung gestaltet Zukunft“ wird beibehalten. Es soll künftig als „Marke“ alle Veranstaltungen der



Vorbereitung der Bundesseniorenkonferenz 2018 mit den Mitgliedern des Bundesseniorenvorstandes.

Foto: Zielasko



**Verabschiedung und Gratulation im Bundesseniorenvorstand (BSV): Frank Poster (links), langjähriger Vorsitzender der GdP-Seniorengruppe in Schleswig-Holstein und mehrjähriger stellvertretender Vorsitzender der Seniorengruppe (Bund), wurde vom stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Jörg Radek (rechts) aus dem Kreis des BSV verabschiedet. Bernhard Heckenkemper, Landesseniorenvorsitzender der GdP Nordrhein-Westfalen (2.v.links), wurde zum 75. Geburtstag gratuliert; mit im Bild der Bundesseniorenvorsitzende Winfried Wahlig**  
Foto: Zielasko

Jörg Radek teil, der im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für die Seniorengruppe zuständig ist. Kollege Radek informierte über die aktuelle gewerkschaftspolitische Situation. Gemeinsam mit Winfried Wahlig verabschiedete er den langjährigen Vorsitzenden der Seniorengruppe in Schleswig-Holstein, Frank Poster, aus dem BSV. Poster war in der Seniorenkonferenz seines Landesbezirks nicht mehr zur Wiederwahl angetreten. Der GdP-Vize würdigte die über 30-jährige ehrenamtliche Tätigkeit Posters in verschiedensten GdP-Funktionen, unter anderem als mehrjähriger stellvertretender Bundesseniorenvorsitzender der GdP.

Der Schleswig-Holsteiner hatte 2014 für sein vielfältiges Ehrenamtsengagement den „Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland“ (DEUTSCHE POLIZEI 12/14) erhalten. Die Mitglieder des BSV dankten Poster mit lang anhaltendem Beifall für seine Mitarbeit im höchsten Senioren-Gremium der GdP. Ihm an dieser Stelle nochmals die besten Wünsche für die weitere Zukunft. Diese Wünsche begleiten auch den Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen GdP-Seniorengruppe, Bernhard Heckenkemper, dem Radek sowie die Mitglieder des BSV zu seinem kurz zuvor begangenen 75. Geburtstag gratulierten.

H.W. Fischer

Seniorengruppe begleiten. Entschieden wurde auch, dass aus verschiedenen Gründen Gastdelegierte sowie eventuelle Begleitpersonen der Ordentlichen Delegierten sowie andere Konferenzteilnehmer weder an den Konferenzveranstaltungen noch am Abendprogramm teilnehmen können. Erste Personalüberlegungen für die

Verhandlungsleitung und die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission wurden ebenfalls angestellt.

### Würdigung

An der Sitzung nahm zeitweise der stellvertretende Bundesvorsitzende



Nr. 6 • 66. Jahrgang 2017 •  
Fachzeitschrift und Organ der  
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO  
zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der  
Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 0  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**Internet:** www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/  
Pressestelle**  
**Chefredakteur/Pressesprecher:** Rüdiger Holecek (hol)  
**CvD:** Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)  
**Redaktionsassistent:** Johanna Treuber  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,  
10555 Berlin**  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG  
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft  
der Polizei**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
**Telefon** Düsseldorf (0211) 7104-183  
**Fax** (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleucker  
Es gilt die Anzeigenpreislise Nr. 39  
vom 1. Januar 2017.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirksteils in der Mitte des Heftes.



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
183.051 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

**Titel**

Gestaltung:  
Rembert Stolzenfeld





# VERDECKTE PERSONALE ERMITTLUNGEN

Recht und Taktik

Von **Christoph Keller**.



1. Auflage 2017

**Umfang:** 288 Seiten

**Format:** DIN A 5, Broschur

**Preis:** 24,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0792-5

**VDP eBook**

**Format:** EPUB, Mobipocket

**Preis:** 18,99 € [D]

Ermittlungen mit verdeckt arbeitenden Personen haben eine zunehmende praktische Bedeutung für Polizei und Staatsanwaltschaft. Heimliche Vorbereitungen von Straftaten erfordern Reaktionen mit angemessenen Ermittlungsmethoden, insbesondere bei Ermittlungen im Bereich der Organisierten Kriminalität. Bei diesen verdeckten personalen Ermittlungen geht es um

- den Einsatz von Verdeckten Ermittlern,
- den Einsatz von Vertrauenspersonen,
- den Einsatz von nicht offen ermittelnden Polizeibeamten und
- die Inanspruchnahme von Informanten.

Solche Maßnahmen sind jedoch regelmäßig mit erheblichen Eingriffen in die Grundrechte der Betroffenen verbunden und stellen damit nicht nur taktisch, sondern auch rechtlich eine große Herausforderung dar.

In dem vorliegenden Buch führt der Autor den Leser von der „Anbahnung“ bis zum Abschluss (Beweisverwertung) durch den gesamten Verlauf derartiger verdeckter Ermittlungen. Er behandelt dabei einerseits die rechtlichen Befugnisse und ihre gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Grenzen sowie andererseits kriminaltaktische Aspekte.

Damit gibt er Praktikern wie Studierenden eine gesicherte, konzentrierte, übersichtliche und interdisziplinäre Arbeitsgrundlage an die Hand, die die Rechtsanwendung auch durch etliche Beispiele erleichtert.



## DER AUTOR

**Christoph Keller**, Polizeidirektor, hauptamtlicher Dozent für Eingriffsrecht und öffentliches Dienstrecht an der FHöV NRW, Abteilung Münster.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

JSA entwirft, produziert und vertreibt eine umfangreiche Palette von Gepäckstücken für Reise und Freizeit. Die Trolleys der Marke JSA sind innovative Highlights und verstehen sich als konsequente Weiterentwicklung klassischer Reisekoffer. Auf den Gepäckbändern der Welt stechen sie mit ihrer Funktionalität und Form – entwickelt in einem internationalen Design-Netzwerk – hervor.



### TSA Koffergurt

Strapazierfähiges Polyester, längenverstellbar, 3er Zahlen-schloss, mit TSA-Schloss.  
Gurtmaß: ca. 180 x 5 cm.  
Material: ABS-Kunststoff/  
Polyester.

Maße ca. 10,4 x 6,8 x 1,9 cm  
(Verschluss)

Farbe: Schwarz 259806

Farbe: Grün 259906

🌟 9,95 € 12,50 €



### Reisetrolley S

Maße ca. 53 x 39 x 24 cm  
Innenmaße ca. 47 x 38 x 22 cm  
Gewicht ca. 3,3 KG, Volumen ca. 40 l  
Trolleyhöhe ca. 100 cm  
Farbe: Weiß 259206  
Farbe: Anthrazit 259506

🌟 83,95 € 104,95 €



### Reisetrolley M

Maße ca. 62 x 43 x 24 cm  
Innenmaße ca. 58 x 43 x 22 cm  
Gewicht ca. 3,9 KG, Volumen ca. 60 l  
Trolleyhöhe ca. 100 cm  
Farbe: Weiß 259306  
Farbe: Anthrazit 259606

🌟 94,95 € 118,95 €

### 3er Reisetrolley-Set

Set bestehend aus Reisetrolley S, M, L.  
Farbe: Weiß 259006  
Farbe: Anthrazit 259106

🌟 219,95 € 274,95 €



### Reisetrolley L

Maße ca. 72 x 50 x 28 cm  
Innenmaße ca. 68 x 49 x 27 cm  
Gewicht ca. 4,6 KG, Volumen ca. 90 l  
Trolleyhöhe ca. 100 cm  
Farbe: Weiß 259406  
Farbe: Anthrazit 259706

🌟 106,95 € 133,95 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT  
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden  
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165  
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Lieferung der Koffer mit anderen Werbemitteln aus dem OSG Shop ist leider nicht möglich.

**Letzter Bestelltermin: 30.06.2017**

Weitere Koffer, Taschen und nützliche Produkte finden Sie unter:

[www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)